

Die „Vorwärts“ enthält morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ein ...

Die abgabefähige Kontraktgröße über dem Raum beträgt 5.- M. einschließlich ...

Die Vorwärts Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Streikbewegung in England

Am kritischen Wendepunkt

Der Eisenbahnerstreik verschoben. — Neue Verhandlungen wahrscheinlich

Die gewaltige Streikbewegung in England steht in diesen Tagen in ihrem kritischen Wendepunkt. Das Streikultimatum der Eisenbahner sollte am Sonntag abends ablaufen. Damit bestand die Möglichkeit, daß nicht nur die Eisenbahner am Montag, sondern in schneller Aufeinanderfolge auch andere Berufsgruppen, vor allem die übrigen Transportarbeiter, in den Streik eintreten würden.

Damit ist indes zunächst nur Zeit gewonnen. Was bei den Verhandlungen herauskommt, bleibt abzuwarten. Die Erregung in der Arbeiterschaft kühlt sich, und die Zahl der Beteiligten am Streik wächst mit jeder Stunde. In Bradford sind gestern wiederum 13 000 Transportarbeiter in den Ausstand getreten, und der Arbeitsminister teilt mit, daß außer den Bergarbeitern noch über 300 000 Arbeiter gezwungen seien, in einzelnen Bergwerksdistrikten soll es zu Plünderungen und Zusammenstößen mit der Polizei gekommen sein, in anderen Bezirken sollen die Bergarbeiter mit der sofortigen Zurückziehung aller noch in den Gruben Arbeitenden einschließlich der Pumpenbedienungen gedroht haben.

Thomas Ashton, Führer der Bergarbeiter von Lancashire, erklärte in einem Interview, daß er der Ansicht sei, der Streik wäre gar nicht ausgedroht, wenn es

von Lloyd George abhängig gewesen wäre, aber die einzelnen Mitglieder des Kabinetts hätten sich den Wünschen der Bergarbeiter entgegengesetzt. Falls nicht noch im Laufe dieser Woche die Verhandlungen mit den Arbeitern beginnen, wird es in der nächsten Woche bedeutend schwieriger sein, den Streik aufzuhalten, denn die Lage würde von Tag zu Tag schwieriger. Ashton versicherte noch, daß die Unterstützungsfonds der Arbeiter auf Monate ausreichen.

So ist die Situation trotz der Verschiebung des Eisenbahnerstreiks auf allerhöchsten Kampf gestellt. Es hat ganz den Anschein, als wollten die beiden Gegner einander nicht ausweichen. Der Arbeiterschaft in England gehört die wärmste Sympathie der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Je schärfer sich der Konflikt zuspitzt zu einem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Arbeiterschaft und Staatsgewalt, um so stärker werden im Falle eines Sieges der Arbeiter die politischen Auswirkungen des Streiks sein. Ein Erfolg der Bewegung wird auch den politischen Einfluß der englischen Arbeiterklasse vermehren, und nicht zuletzt dürfte der heftige Widerstand der bürgerlichen Gesellschaft zurückzuführen sein, denn in England stehen die Parlamentswahlen bevor, von denen man ohnehin einen starken Machtwort der Arbeiterbewegung bedenden Herzens erwartet. Ein Sieg der englischen Arbeiterklasse wäre somit ein Sieg des Weltproletariats, wenn es auch eine von völliger Unkenntnis der englischen Verhältnisse zugehende politisch naive Vorstellung ist, wenn kommunistische Organe in dieser Bewegung den Ausdruck einer unmittelbar wirkenden sozialistischen Revolution sehen wollen.

Lloyd George über die Lage

Rotterdam, 23. Oktober.

Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärte Lloyd George mit Bezug auf den Bergarbeiterstreik einer Abordnung gegenüber, es könne innerhalb weniger Stunden Frieden sein. Die Lage könne sich jedoch auch zum größten Kampfe entwickeln, den England je durchgemacht habe. „Evening News“ meldet über die bisherige Wirkung des Streiks: die Verluste an Steinkohle für das Land betragen 2 500 000 Tonnen. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich auf insgesamt 1 650 000, der Gesamtverlust an Löhnen auf 3 255 000 Pfund Sterling.

Internationale Solidarität

Amsterdam, 23. Oktober.

„Algemeen Handelsblad“ meldet, daß die Leitung des Internationalen Transportarbeiterverbandes in ihrer diese Woche in Amsterdam abgehaltenen Versammlung beschlossen hat, unter Mitwirkung der Transportarbeiterorganisationen von England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland, die für eine eventuelle internationale Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Das Echo

Der Aufruf zum Kampfe für die Sozialisierung des Bergbaues hat in der bürgerlichen Presse ein lautes Echo erweckt. Das ist natürlich. In dieser Frage steht die ganze Bourgeoisie geschlossen zusammen. Sie weiß, daß es um eine entscheidende Stellung im Klassenkampf geht. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die bürgerliche Presse sofort Alarm schlägt. Auch das ist nichts Besonderes, daß gerade „demokratische“ Zeitungen die lautesten Rufes im Streik sind. Ist doch gerade die demokratische Partei diejenige, die ununterbrochen gegen jede Einschränkung der kapitalistischen Wirtschaft ankämpft und am liebsten die alte Herrlichkeit kapitalistischer Ungebundenheit wiederherstellen möchte.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß der „Vorwärts“ über die Aufforderung unserer Partei, im Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues die gesamte Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln und sie geschlossen in den Klassenkampf um die proletarische Machterweiterung zu führen, sehr ungehalten ist. Der „Vorwärts“ hat zur Frage der Sozialisierung eine sehr zweifelhafte Stellung eingenommen, er hat das Stiefkind der Wissenschaften Planwirtschaft geritten und schien nicht über Luft zu haben, in der verächtlichsten Teilsozialisierung die richtige Lösung zu sehen. Nun hat der Kasseler Parteitag sich zwar für die Vollsozialisierung erklärt, der „Vorwärts“ benutzte aber die erste Gelegenheit, um den Kampf zu sabotieren und unseren Aufruf zur Aktion als eine Art Konkurrenzmanöver zu verächtigen. Diese Verleumdung ist zunächst damit zu widerlegen, daß wir bereits seit Monaten entschlossen waren in dem Moment, wo die Frage

der Kohlenwirtschaft vor die Geschöpfung kommen würde, eine Massenaktion einzuleiten. Natürlich besteht diese Aktion nicht in der Einbringung des Gesehntwurfs. Wir haben vielmehr deutlich erklärt, daß dies nur das Signal sei, um alle Arbeiterorganisationen aufzufordern, in den Kampf einzutreten. Die großen Vertretungen der organisierten Arbeiter, zuletzt nach der Betriebsrätekonferenz, haben sich für die Vollsozialisierung des Bergbaues erklärt. Jetzt gilt es zu zeigen, daß hinter dieser Erklärung der entschlossene Wille der Arbeiterklasse steht, das Ziel durchzusetzen. Scheuen die Rechtssozialisten den Kampf, so werden sie erleben müssen, daß die Massen, die endlich einen Anfang sehen wollen, der Partei folgen werden, die diesen Kampf zu führen wissen wird.

Die Lage im Osten

Moskau, 23. Oktober.

Operationsbericht der russischen Sowjet-Republik vom 21. Oktober.

An der Befesa, in den Abschnitten Rinsk und Sluzk vollziehen unsere Truppen Umgruppierungen zwecks Befestigung der laut Friedensvertrag bestimmten Linie.

Nordöstlich Sluzk unternahm der Feind am 19. Oktober, 6 Uhr abends, einen Ausfall gegen unsere Truppen und zwang sie zum Rückzuge.

Südfront: Im Abschnitt der Eisenbahnstation Sinesnikowo führte der Feind unter Deckung von vier Panzerzügen einen Angriff auf die Station Sinesnikowo aus. Der Angriff wurde zurückgeschlagen und der Feind zum Rückzuge gezwungen.

Die Wahlen in Deutschösterreich

Von Julius Braunthal, Wien.

Der Wahlkampf, der mit ungeheurer Erbitterung geführt wurde, endete mit einer Behauptung des Bestandes der Sozialdemokratie. Die vorhergehenden Wahlen im Jahre 1919, dreieinhalb Monate nach dem Zusammenbruch der Monarchie, trieben die ungeheuren Massen der über den Krieg, die Kriegseiden und das alte System Empörten in das Lager der Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie war verzweifelt und überließ der Sozialdemokratie widerspruchslos die Führung der Republik. Die Wahlbedingungen waren damals für die Sozialdemokratie die allerbesten; sie ging als die stärkste Partei aus dem Wahlkampfe hervor. Einem Jahre lagen in den Händen der Sozialdemokratie die Geschicke der Republik. Ein ausgebeutetes, verarmtes Land, eine zerstörte Volkswirtschaft, völlig gerüttelte Finanzen, ein Riesenheer von Arbeitslosen, ein wirtschaftliches und soziales Chaos sondergleichen — das war die Erbschaft, die die Sozialdemokratie übernahm. In rastloser Arbeit, mit übermenschlicher Hingabe versuchte die Sozialdemokratie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch der Republik zu erwehren und sie gegen die innere und äußere Konterrevolution zu schützen. Dies gelang ihr. Aber ihr Handeln war nicht frei. Denn mit ihr saßen die Christlichsozialen in der Regierung, die geheimen Feinde der Republik, die den Aufbau der Republik zu hindern suchten und sich der Verantwortung für die Regierung zu entziehen wußten. Die ungeheure Wirtschaftsnote, ein Erbteil des Krieges und des Zerfalls eines großen Wirtschaftsgebietes lastete vor allem auf der sozialdemokratischen Partei.

Die Reaktion glaubte nun, die Sozialdemokratie niederwerfen zu können. Die Millionen Horthys, die Millionen aus Pragaus, die Millionen des Finanzkapitals wollten, um die Sozialdemokratie zu diskreditieren. Die ganze bürgerliche Presse stand in dem Dienst der Reaktion. Der Nachweis der „Arbeiterzeitung“, daß die Christlichsozialen bezahlte Agenten Horthys seien, wurde von der bürgerlichen Journalistik einfach totgeschwiegen. Ein Verleumdungsflugblatt, der bestenfalls an die amerikanische Pinkertonpresse herantreibt, wurde gegen die Sozialdemokratie geflügelt. Zu dem Bestreben, sie zu zerschmettern, gesellten sich die Kommunisten, die die sozialdemokratischen Führer als Verräter an dem Proletariat brandmarkten. So hatte die Sozialdemokratie einem ungeheuren Ansturm von rechts und links standhalten müssen. Und sie hielt ihm stand. Bis auf sieben Mandate behauptete sie alle ihre Parlamentssitze; als zweitgrößte Partei zählte sie in die Nationalversammlung ein. Die Bedeutung der Wahlen für die Sozialdemokratie wird durch den Umstand erst klar, daß die Million Wähler, die am 17. Oktober für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben hat, treue und überzeugte Kämpfer ihrer Sache sind.

Sieger im Wahlkampf ist die christlichsoziale Partei. Diese Partei, belastet mit der Schuld an dem Kriege, belastet mit dem Verrat an der Republik, belastet mit der Anklage, im Golde Horthys-Ungarns zu wirken, vereinte alle Massen um sich, die wider den Sozialismus kämpften. Als kulturellen und sozialen Gegensatz innerhalb des Bürgerturns versanken in der unterschiedslosen Masse der Reaktion, die in der christlichsozialen Partei ihren Ausdruck findet. Die Sozialdemokratie verlor an die Christlichsozialen sieben Parlamentssitze, das sogenannte freisinnige, deutsch-, jüdisch- und tschechomatonale Bürgerturn nicht weniger als acht Mandate. Die Christlichsozialen werden mit 86 Abgeordneten, die Sozialdemokraten mit 66 und das gesamte übrige Bürgerturn einschließlich der Bauernpartei mit 19 Abgeordneten in das Parlament einziehen. Schon haben die Christlichsozialen alle Schichten der Bevölkerung, die reaktionär gesinnt sind, in sich aufgelesen. Es gibt — von einer dünnen Schicht abgesehen — kein demokratisches Bürgertum in Österreich. Alles, was nicht sozialistisch ist, ist reaktionär und findet in der christlichsozialen Partei seine Vertretung.

Hat der Wahlkampf die Arbeiterklasse von der Illusion eines demokratischen Bürgerturns befreit, so hat das Ergebnis der kommunistischen Wähler den Nachweis erbracht, daß das Proletariat geschlossen im Lager der Sozialdemokratie steht. Das Wahlergebnis ist für die Kommunisten niederschmetternd. In Wien, bei einer Wählerzahl von einer Million Wählern, haben sie nicht mehr als 14 000 Stimmen auf ihre Liste vereinigt, in ganz Deutschösterreich nicht mehr als 30 000 Stimmen. In den Industriebezirken Wiener Neustadt und Floridsdorf, in denen sie zumindest ein Mandat zu holen hofften, haben sie auf ihre Liste kaum eine ansehnliche Minorität vereinigt. Der Scheitern der Illusion von der machtlosen Größe der kommunistischen Bewegung ist gerissen. Die kommunistische Partei vereint nur ein kleines bedingungsloses und durchaus unmaßgebliches Häufchen von Anhängern. Die Einheit der Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie ihre Vertretung hat, ist ungebrochen und macht alle die Hoffnungen der Kommunisten und ihrer impulsiven Abieger in der



sozialdemokratischen Partei, den sogenannten „Linken“, zugehörig. Die Kreise der breiten Massen des Proletariats zur alten sozialdemokratischen Partei, die sie durch drei Jahrzehnte von Sieg zu Sieg geführt, ist unerschütterlich und das Wahlergebnis bürgt dafür, daß es dabei bleibt.

Die Mehrheit der Wählerschaft hat den bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Parlamentssitze gegeben. Es liegt nun an dem Bürgertum, die Verantwortung für die Staatsgeschichte zu tragen. Die Sozialdemokratie muß es ablehnen, mit den Christlichsozialen in eine Koalition zu gehen, die im Bunde mit Hohenzollern und die Wiederaufrichtung der Monarchie erstreben. Die Sozialdemokratie ist mächtig genug aus den Wahlen hervorgegangen, um jedem Reaktionsversuch kraftvoll zu begegnen. Die Bourgeoisie stellt eine tragfähige Regierungsmehrheit dar, sie allein soll auch die Sorgen um diesen Staat tragen. Wir aber wollen die Hunderttausende, die uns seit der Revolution angefüllt sind, die unsere Gewerkschaftsabtreiber füllen, die sich unseren Parteiorganisationen eingegliedert haben, auch nun erst gewinnen. Unsere besten Kräfte waren während der letzten zwei Jahre lahmgelegt, sie waren vor den Staatskassen gespannt, bedrückt von der Last der Staatsgeschäfte. Sie werden nun frei und können sich der politischen Gewinnung der Massen zuwenden. Ein heiliges Antlitz geht durch die Partei. Endlich wird sie sich aufrichten können und Kraft gewinnen zu den großen Kämpfen, die ihrer noch harren.

## Das weite Gewissen

### Angenügende Aufklärung über die Bestechungen im Ernährungsministerium

Zu dem Augustin-Skandal im Ernährungsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird durch Wolffs Bureau eine offizielle Charakter tragende Mitteilung verbreitet. Da heißt es zunächst:

In Mai 1920 wurden dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von zuverlässiger Seite folgende Mitteilungen gemacht:

Ein Geschäftsführer der Ackerbaugesellschaft habe dem Dr. Augustin bezüglich der Laufe von dessen jüngstem Kinde ein Geschenk von 1000 Mark gemacht; außerdem sei aus Mitteln der Ackerbaugesellschaft an Dr. Augustin ein Betrag von 5000 Mk. überwiesen worden. Diese Zusammenhänge seien im Hinblick darauf erfolgt, daß Dr. Augustin sich in seiner amtlichen Stellung zugunsten der Ackerbaugesellschaft für die Bewilligung eines von dieser gestellten Antrages auf Einfuhr von Bindegarn für die Landwirtschaft eingesetzt und dadurch die Erzielung der Einfuhrerlaubnis herbeigeführt habe.

Zur Zeit dieser Mitteilungen an das Ministerium befand sich Dr. Augustin auf Urlaub, so daß ein Befehl erst nach seiner Rückkehr stattfand. Den Empfang des Geschenkes von 1000 Mk. gab er ohne weiteres zu, bezeichnete die Angelegenheit aber als völlig harmlos, da es sich nur um ein familiäres Geschenk des alten Freundes seiner Familie Dr. Blod handelte. Von der Zusammenkunft von 5000 Mk. wollte er nichts wissen. Die Begünstigung der Einfuhr von Bindegarn gab er ebenfalls zu, aber sein Verhalten sei in diesem Falle lediglich durch geschäftliche Erwägungen bestimmt gewesen. Im folgenden Wortzug machte jedoch Augustin anstandslos die dienstliche Mitteilung, er habe jetzt von seiner Frau erfahren, daß dieser ohne sein Wissen auf ihr Konto bei ihrer Bank tatsächlich ein Betrag von 5000 Mark aus Mitteln der Ackerbau-Gesellschaft seitens des Dr. Blod überwiesen worden ist.

Dazu wird nun bemerkt, daß falls die Angaben Augustins richtig waren, der Tatbestand einer Beamtenbestechung überhanpt nicht vorlag. Wörtlich heißt es in der offiziellen Erklärung:

„Es blieb nur eine mit der Stellung eines Beamten kaum zu vereinbarende Annahme geheimer Geschenke von einer Seite übrig, mit der der Beamte auch in dienstlicher Verkehr stand.“

Das ist natürlich allererstes Gerede. Wenn sich die Ansprüche an die Rechtfertigung der Beamten in so weit hergehenden Bahnen bewegen, dann wird es jedem möglich sein, Beschuldigungen in einer Form in Empfang zu nehmen, die es verständnisvollen Vorgesetzten jederzeit gehalten wird, den Tatbestand der Beamtenbestechung als nicht vorliegend anzusehen. Die Behandlung eines der Beschuldigten Beamten hängt dann stets ab von dem größeren oder geringeren Wohlwollen des Vorgesetzten, womit der militärischen Behandlung der Beamten ebenso wie der indirekten Teilnahme und Mitschuld der zur Bewusstlosigkeit beruhenden höheren Beamten Tür und Tor geöffnet ist. In allem Ueberflusse aber wird in der offiziellen Erklärung nicht gelagt, ob man die von Augustin gegebene Darstellung auf ihre Richtigkeit geprüft hat. Es hat den Anschein, als habe man sich mit der Aussage des Angeklagten einfach zufrieden gegeben und sie auf sein eheliches Gesicht hin als richtig anerkannt. Immerhin gelangte man zu der Auffassung, daß auch in diesem Falle die Rücksicht auf das Ansehen der Behörde das Ausschneiden des Beamten erforderlich mache.

Zu der Erklärung des Wolffschen Bureaus folgt dann eine lange juristische Auseinandersetzung über die für diesen Fall passende Form des Ausscheidens des Herrn mit der hohlen Hand. Auch hieraus geht hervor, daß man äußerste Milde walten ließ.

Die gegen Herzmes erhobene Anschuldigung, er habe Augustin trotz des Bekanntwerdens seiner Verflechtungen gehalten, wird in der Erklärung abgestritten. Ebenso soll es „frei erfunden“ sein, daß der Staatssekretär Dr. Huber bereits vor dem Antritt des Schulungsurlaubes Augustins im Mai 1920 von der diesem zur Last gelegten Verflechtung Kenntnis erhalten hat.

Dazu werden sich noch diejenigen zu äußern haben, die die Anklage gegen das Ernährungsministerium zuerst erhoben haben. Aber die selbst nach dieser offiziellen Erklärung sehr merkwürdig aussehende, außerordentlich rätselhaftvolle, um es gelinde auszudrücken, Art der Behandlung des Falles erweckt schon den Eindruck, als wenn Herr Dr. Augustin nicht mit jener rätselhaften überhöhten Strenge behandelt worden ist, die ein der Untertanen überhöhter Beamter verdient hätte, wenn nicht wie wir schon andeuteten, die gesamte Beamtenchaft durch ein solches Verhalten der vorgehenden Stellen geradezu ermuntert werden soll, ihren Einfluß zu ihrer persönlichen Bereicherung auszunutzen. Wir haben nicht den Eindruck, als wenn durch diese Mitteilung des Wolffschen Bureaus das letzte Wort zum Fall Augustin oder, was richtiger sein dürfte, zum Fall des Reichsernährungsministeriums gesprochen worden ist.

Drohendes Metallarbeiterstreik im Saargebiet. Bahnverhandlungen in der Glasindustrie sind gescheitert. Da sich die Arbeiter des Metallgewerbes mit den Glasarbeitern solidarisch erklärt haben, droht nunmehr auch ein Ausbruch im Metall-

## Reaktionärer Vorstoß gegen die Sozialisierung

Im bayerischen Staatshaushaltsausschuß erklärten bei der Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung der Finanzminister Kraus und Generaldirektor Kläiber, daß eine Sozialisierung der Bergwerke im gegenwärtigen Augenblick zu einer Katastrophe des bayerischen Wirtschaftslebens führen würde. Die Forderungen, die bisher mit den sozialisierten Betrieben des Reiches gemacht wurden, seien nicht günstig. Das Ziel der Beschäftigung würde durch den benötigten Riesenapparat nicht erreicht. Es sei zwar richtig, wenn der Staat einen gewissen Teil der Naturkräfte selbst nutze, aber alle Bodenschätze selbst zu betriebsmäßigem Zwecke zu verwenden, würde zu weit führen. Das Privatkapital sollte man nicht ganz ausschalten, denn seine Mitwirkung bedeute Wettbewerb und damit Fortschritt.

Dah man bei der bayerischen Regierung, dieser Vorhut der deutschen Reaktion, keine Vorliebe für die Sozialisierung zu erwarten hat, ist klar. Daß man sich aber mit den politischen Gemeinwesen um die wichtige Frage der Wirtschaftspolitik herumdrückt, beweist nur, daß man einfach nicht gewillt ist, an dem bestehenden Zustand wirklich einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Politische Reaktion bedeutet eben wirtschaftliche Reaktion. Daraus erhellt, daß eine neue Wirtschaftspolitik nur im härtesten politischen Kampfe der Arbeiter gegen die beschriebenen Klassen geschaffen werden kann. Die Reaktionen in Bayern werden ebenso wie ihre Gesinnungsgenossen in den übrigen Reichsteilen sehr bald diesen Kampf der Arbeiter um die Sozialisierung zu hundert beizutreten.

## Die Uernsten der Armen

### 45000 Schwerverletzte in den Lazaretten

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik erklärt folgenden Aufruf:

„Seit beinahe zwei Jahren ruhen die Waffen und noch immer liegen ungefähr 45000 Schwerverletzte in den Lazaretten. Manche von ihnen sind bereits seit 1911 Soldaten. Nicht wenige wurden schon im September 1914 auf ihr Schmerzenslager geworfen. Viele haben 20 bis 30 Operationen hinter sich. Anderen wird noch auf Jahre hinaus das Lazarett die Heimat sein. Allen diesen Männern geht es, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, material sehr schlecht. Ihre Gehaltsansprüche sind unzureichend. Ihre Sachen sind heruntergewirtschaftet. Ihre Angehörigen trotz staatlicher Unterstützung oft in bitterer Verdrüßnis. In den körperlichen Schmerzen dieser feldarmen Väter geht sich die Sorge um die Zukunft. Wir alle, die wir uns der Gesundheit erfreuen dürfen, sollten ohne Ausnahme mit dazu beitragen, daß die unglückliche schwere Bürde, die auf den Schultern dieser früheren Feldzugsteilnehmer ruht, so erträglich wie möglich gemacht werde. Das Weihnachtsfest naht. Helfen wir diesen Männern den Weihnachtsabend. Zu diesem Zweck schlägt die Offiziersvereinigung der deutschen Republik sämtlichen Organisationen, Verbänden, Vereinen, Parteien, Truppenkörpern und Rehabilitationen sowie allen Einzelpersönlichkeiten, die ein Herz für die Schmerzen und Sorgen dieser unglücklichen Kriegsgenossen haben, vor, Sammlungen in ihrem Bereich zu organisieren und zu veranstalten und deren Betrag noch vor Weihnachten an die Lazarettkassen abzuführen.“

Wir haben an diesem Aufruf nichts anzusehen und wünschen, daß recht viele Gebelustige sich an der Sammlung beteiligen mögen. Für den Staat ist der Aufruf freilich eine unerhörte Blamage. Denn nicht der privaten Wohltätigkeit, sondern ihm liegt es ob, für die Opfer des Krieges zu sorgen. Es brauchte nur mit den vielen Fühlknotenstellen in der Reichswehr aufgeräumt zu werden und es wären sofort Millionen frei für die Versorgung der Kriegsgenossen.

## 640 Millionen Mark für Kriegsunterstützungen

### Für Krüppel und Hinterbliebene . . . ?

Unter den vielen Milliarden, die der Krieg verschlang, befinden sich auch 639 123 328 Mark, die für Kriegsunterstützungen angewendet werden konnten, obwohl diese Unterstützung im Einzelnen durchwegs unzulänglich waren. Ausgezahlt wurde die vorgenannte Summe für die Zeit vom August 1914 bis Juli 1920. Aus Reichsmitteln wurden geleistet 232 538 639 Mark, aus bayerischen Mitteln 221 589 445 Mark. Der Gemeinderatsschlag auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 2. November 1917 und vom 28. September 1918 betrug 57 522 418 Mark. Er wird zur Hälfte vom Reich erstattet. Eine besondere Beihilfe sind 2 850 026 Mark aus bayerischen Mitteln und 1 239 615 Mark aus Sammlungsmiteln in der Gesamtsumme enthalten. Ferner 5 288 315 Mark Zuschuß für kriegsbedingte Arbeiter, 91 597 104 Mark Mietsbeihilfe, sowie 948 972 Mark Anlagensunterstützungen. Dazu kommen die Anstalten, die an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene Gefallenerechtigten werden müssen. In allen diesen Zahlen offenbar sich wieder einmal die Strafflosigkeit der Kriegsverbrecher, die weder durch die Not der Kriegserkrankten noch durch das Elend der Kriegstruppen und Kriegshinterbliebenen von ihrer Bebanquopolitik sich abhalten ließen.

## Auch eine Folgeerscheinung des Stahlbades

Der Reichsminister der Finanzen legt dem Reichstage eine Denkschrift vor, die unferwillig einmal mehr die Wirkungen des großen Stahlbades auf breite Volksteile beleuchtet. Diese Denkschrift, deren materieller Teil wohl noch im Reichstage durch unsere Reaktion behandelt werden wird, weist auf die großen Gefahren hin, die heute mit dem Beruf der Grenzwächter verbunden sind, und verlangt, die besondern Zusammenhänge, die den Grenzwächtern heute durch die Regierung gemacht werden, zu revidieren. Die amtliche Darstellung des heutigen Schmuggelbetriebes in den Grenzbezirken stellt sich geradezu wie eine phantastische, irreführende Schilderung eht mexikanischen Vandalenlebens. Es heißt darin wörtlich:

„In neuester Zeit sind die Anforderungen an manchen Grenzstreifen, insbesondere an der Seezölle und an der holländischen Grenze, in einer Weise verschärft worden, wie früher kaum jemals gedacht werden konnte. Die Schmuggler, Kriegsgefahr und zum Teil bewaffnet, treten in Massen von Tausenden von Personen auf und unter Bildung von Bänden von 100 Mann und mehr. Aus der militärischen Durchbildung des Volkes ergibt sich von selbst ohne besondere Verabredung dieser aufstrebenden Massen häufig das Bild einer kriegsmäßig marschierenden Truppe mit Vorhut, Seitendeckung und Nachhut. Kabfahrerpatrouillen führen auf, Tausende durchkämmen das Gelände und sichern die Transporte; das Signal- und Nachrichtenwesen funktioniert musterhaft.“

Waher sind ja über dieses Schmuggelwesen in den Grenzbezirken allerhand Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, aber man war versucht, sie immer für die Liebertreibungen eines phantastischen Journalisten zu halten. All diese Darlegungen werden aber

durch den amtlichen Bericht weit übertroffen, wobei als besonders merkwürdiges Eingeständnis zu beachten ist, daß diese Erscheinung in der Hauptsache auf die „militärische Durchbildung“ zurückgeführt wird. Wohlleicht denkt die „Deutsche Tageszeitung“, die eben erst anlässlich des Geburtstages der Kaiserin behauptet, erst die Soldaten hätten das deutsche Volk zu seiner Wille emporgelöhrt, über diesen amtlich festgestellten unglücklichen Zusammenhang etwas nach.

## Der harmlose Escherich

Herr Escherich, der oberste Kriegsherr der Dreyfuß und Kommandant der Marinebrigade in Deutschland, hat sich interviewen lassen. Um das „militärisch gegen ihn und seine Mitarbeiter verbreitete Mißtrauen“ zu zerstreuen, hat er sich als einen überaus friedlich gesinnten Mann hingestellt, der einsehe, daß es weder seine noch seiner Organisation Aufgabe wäre, in verfassungswidrigen Fragen eine richtunggebende Stellung einzunehmen. Wir sind allerdings der Überzeugung, daß Herr Escherich selbstverständlich keine richtunggebenden Ideen besitzt und sie deshalb durch eine möglichst große Zahl möglichst gut bewaffneter Soldaten erfüllt. Aber wir können uns von seiner Harmlosigkeit nicht so ganz überzeugen, auch nicht, obwohl Sinowjew ihn das Zeugnis ausgestellt hat, daß er und seine Schützlinge der Arbeiterbewegung weniger gefährlich seien als die Gewerkschaften.

## Eine Null

Das Reichswehrministerium erklärte wiederholt kategorisch, daß die Marinebrigade Escherich aufgelöst worden sei. Jetzt veröffentlicht diese Brigade in der „Kreuzzeitung“ einen Aufschreibezug an den verdienten Korvettenkapitän Escherich. Das heißt also: Die Marinebrigade II existiert noch, nur Herr Escherich ist gegangen, aber vielmehr: in Gnadens entlassen worden, denn in dem Aufschreibezug heißt es ausdrücklich, daß Escherich „unter Vorbehalt der gesetzlichen Pensionsansprüche“ verabschiedet worden sei. Escherich, der soviel Ehrd über sein Land gebracht hat, bekommt also zum Dank dafür noch ein Ruhegehalt aus den Taschen der Steuerzahler.

Dieses Komödientenspiel ist nur möglich, weil an der Spitze des Reichswehrministeriums eine politische Null steht und weil das deutsche Parlament nicht den Mut aufbringt, diese Null wieder auf seinen Bürgerwehposten zurückzuführen.

## Was geht an der Ostgrenze vor?

Aus Sialingpore wird uns geschrieben: Seit einigen Tagen wird die sogenannte „graue Grenze“, d. h. die Grenze an der östlichen Seite von zahlreichen Personen überschritten, die sich in Litauen gegen Polen anwerben lassen. Auf dem Bahnhof Ribariz hatten sich 4. bis zum 18. Oktober mehrere Hundert solcher Heberläufer angelagert, die mittels Extrazuges in der Richtung nach Kowno abtransportiert worden sind. Ob es, wie vielfach behauptet wird, zutrifft, daß geflohenen deutsche Formationen mit voller Ausrüstung, Geschützen, Waffen usw. die Grenze nach Litauen überschritten haben, konnte bisher nicht einwandfrei festgestellt werden. Es ist aber nachweisbar, daß größter Trupp in Litau unter Führung von Personen, die mit „Herr Pentani“ angedeutet worden sind, auf dem Bahnwege zur litauischen Grenze gelangten. Weiterhin ist es Tatsache, daß hier selbst Material wie Kolonnenwagen, Transporthelfer u. a. Heresperit per Eisenbahn anlangt. Es liegt die Vermutung nahe, daß dieses Gerät ebenfalls über die Grenze geschoben wird. Es ist ebenfalls auffällig, daß die nachrückenden Truppen in Litau Pakete bei sich führen, die ihrer Schwere nach als Munitionspakete anzusehen sind. Im Übrigen sollen Eisenbahnmanipulationsarbeiten unterbrochen sein, die normalerweise am Dienstag, den 19. d. Mts., hier einströmen werden.

Das Selbstverteidigungsgesetz auf dem Fall der deutschen Reaktion. Soll etwa der Konflikt zwischen Litauen und Polen für gewisse Kreise zum Vorwand dienen, in Litauen eine weiche Grenze anzulegen, die über kurz oder lang zu reaktionären Hochschulen überführt wird?

## Geheimnistuerei im Reichswirtschaftsrat

Im Nachrichtenblatt des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (christlich-nationale Richtung) regt sich ein Herr Thissen über den Sitzungsbetrieb auf, den „Der freie Arbeiter“ von den Septemberverhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat veröffentlicht hatte. Wir finden es durchaus richtig, daß die Verhandlungsorgane der IFA endlich die Geheimnistuerei der Ausschüsse durchbrochen und mit einem kritisch gehaltenen Bericht in die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses hineingeleuchtet haben. Wenn dabei einige Ungehörigkeiten über Reichsfertigkeit in der Berichtserstattung zutage kamen und selbst getroffen aufschreien, so wird das hoffentlich die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter nicht abhalten, auch fernerhin über ihre Tätigkeit im Reichswirtschaftsrat in der Gewerkschaftspresse Aufschluß zu geben.

Darüber hinaus muß verlangt werden, daß die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates die Tagespresse zu ihren Verhandlungen zuziehen. Wir haben diese Handlung bisher vermist und erwarten, daß der Vorstand des Reichswirtschaftsrates oder die nächste Plenarsitzung das beschließt.

## Der Kleinhandel für die Wucherfreiheit

Um die einzelnen Käufer vor willkürlicher Ausweitung durch gewissenlose Kaufleute zu schützen, ist während des Krieges durch Verordnung bestimmt worden, daß die Preise für die festgesetzten Waren an sichbarer Stelle ausgehängt werden müssen. Diese Bestimmung besteht auch jetzt noch. Ihre Aufrechterhaltung ist dringend notwendig, weil es außerordentlich viele Kaufleute zu geben scheint, die trotz der Kontrolle der Preise die Möglichkeit haben, wucherische Preise zu erheben. Um diesen Geheulen das Handwerk zu erschweren, soll in die Vorschriften über den Preisausgang verhängt und den Preisprüfungsstellen erweiterte Befugnisse gegeben werden.

Obwohl gegen diese Bestimmung diejenigen Kaufleute, die nicht zu wuchern beabsichtigen, eigentlich keinerlei Einwendungen erheben könnten, hat der Kleinhandelsausschuß des deutschen Industrie- und Handelskongresses eine Erklärung veröffentlicht, in der er gegen die Bestimmungen, den Preisprüfungsstellen erweiterte Befugnisse zu geben und die Vorschriften über den Preisausgang zu verschärfen, Einspruch erhebt.

Diese offizielle Körperhaft des Kleinhandels breitet also ihre schädliche Hand aber die Wucherer. Das darf aber nicht hindern, daß die Schutzbestimmungen für die Konsumenten mit aller Schärfe durchgeführt werden.



# Die Betriebsstilllegungen

## Ausgangspunkt des Reichswirtschaftsrats

Der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates behandelte in gemeinsamer Sitzung die bereits von einem Untersuchungsausschuss herabgeordnete Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsstilllegungen und Betriebsstilllegungen.

Die Verordnung bestimmt für gewerbliche und Verkehrsberufe mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht der beabsichtigten Betriebsstilllegung oder den Abruch von Betrieben, wenn dadurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verringert wird oder Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen, falls dadurch bei weniger als 200 Arbeitern 10 Arbeiter, bei mindestens 200 Arbeitern 5 Prozent, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. Eine Betriebsänderung darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisationsbehörde, die gegebenenfalls zur Beschlagnahme und Entschädigung gegen Entschädigung selbst nicht vorgenommen werden. Die Verordnung bedroht Zuwiderhandlungen mit Geldstrafen bis zu 100.000 Mark und Gefängnis bis zu einem Jahr.

Prof. Dr. Hertner, Berlin, teilte mit, daß der Untersuchungsausschuss mit allen gegen eine Stimme Befürwortung von Maßnahmen gegen die Betriebsstilllegungen empfohlen hat.

Der Vertreter des Großhandels, Herr Reinath, der sich im Reichswirtschaftsrat mehrfach als Sachverständiger bemerkbar gemacht hat, fuhr auch hier scharfes Geschloß auf, indem er damit drohte, die Industrie werde zu Ausperrungen schreiten, wenn sie durch die beabsichtigte Verordnung benachteiligt werden sollte. Wisseil und Reichsarbeitsminister Brauns suchten den Mann zu beruhigen. Der erste meinte, die Verordnung sei schon zur Beruhigung der Arbeiterschaft nötig, womit er wohl nicht gelogen haben will, doch zur Beruhigung der Arbeiterschaft ohne auf dem Papier stehende Verordnung genügt. Wir erwarten, daß die Verordnung, wenn sie im Plenum und im Reichstag beschlossen werden sollte, sogar in schärfer Weise Anwendung findet, etwa so, wie man gegen Arbeiter gerichtete Verordnungen anzuwenden pflegt.

Herr Schwelger (Bund der technischen Angestellten) erkennt die Verordnung als ein Mittel für die größere Rationalisierung der Technik an. Der Demobilisationskommissar müßte es ja bei seinen Entscheidungen der Sachverständigen bedienen. Die Mansfelder Kupferhütte bauende Gesellschaft habe mit einer Betriebsstilllegung gedroht, weil sie ein Sinken der Kupferpreise verhindern wolle. Der Redner wendet sich gegen die Drohung mit Ausperrungen und weist darauf hin, daß beim Kampf um das Betriebsstrategem ein Anschlag des Reichsverbandes der Industrie sogar die Stilllegung der gesamten Industrie erzwingen hat.

Nach einer weiteren Debatte, in der v. Borzsig den Darstellungen Schwelgers widerspricht, ohne sie indes widerlegen zu können, und in der Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium empfiehlt, zunächst der Verordnung zuzustimmen und ihre Wirkung abzuwarten, den von Reinath vorgeschlagenen längeren Weg der Gesetzbildung aber jetzt nicht zu gehen, erklärt der Abg. a. Siemens im Namen der Arbeitgeber die Zustimmung zu der Verordnung unter der Voraussetzung, daß folgende Änderungen vorgenommen werden: Dem § 5, nach dem die Verordnung keine Anwendung findet, wenn die Maßnahmen in den Betrieben auf Anordnung oder mit Zustimmung einer zuständigen Behörde erfolgen, soll hinzugefügt werden: „oder wenn nachweislich Mangan, Kohle, Betriebsstoffe und Rohstoffe trotz rechtzeitiger Besorgung des Betriebes vorliegt.“ Ferner wird der Zusatz verlangt: „Wirtschaftliche Maßnahmen im Verlauf von Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Sinne dieser Verordnung.“

Herr Schwelger stimmt diesen Vorschlägen im Namen der Arbeitnehmer zu.

Darauf erfolgt die Annahme der Verordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen in einer Gesamtstimmung einstimmig.

# Diktatorische „Vertagung“ der Danziger Kammer

Der englische Oberst Strutt hat die verfassunggebende Versammlung in Danzig kurzerhand diktatorisch vertagt. Er begründet diese Gewaltmaßnahme mit Vorwissen am 20. Oktober. An diesem Tage wurde aus Anlaß eines Zusammenstoßes der Rechte mit einem rechtssozialistischen Abgeordneten bei der Beratung des Richterwahlgesezes vom Präsidenten des Danziger Landgerichts dem Schriftführer eine schriftlich formulierte Erklärung übergeben, die der Genosse Rau diesem, bevor er sie verlesen konnte, entziffert und zerstückte. Strutt erklärte, dem Präsidenten der verfassunggebenden Versammlung bleibe es überlassen, im Einverständnis mit ihm die Versammlung wieder einzuberufen, wenn es nötig sein werde. Ueber die Notwendigkeit entscheidet natürlich Strutt, der persönlich auf dem Standpunkt steht, die verfassunggebende Versammlung habe die ihr zugewiesenen Obliegenheiten erledigt. Es kommt also ganz darauf an, was er für Weisungen aus Paris oder London erhält.

Bemerkenswert ist, daß die Rechte von den Deutschnationalen bis zu den Deutschdemokraten demonstrativ und feilsch ersehnt den Saal verlassen, während unsere Genossen zu protestierendem Verbleiben und Weiterfragen aufforderten. Die Berliner nationalsozialistische Presse sucht natürlich den Eindruck des Einverständnisses oder gar der Arbeiterschaft des Eingetretens Strutt zu verwischen, magt es jedoch nicht, gegen die in dieser Beziehung erhabenen Vorwürfe energisch Stellung zu nehmen, obwohl Genosse Rau die Rechte in aller Form beschuldigt hatte, sich mit der aliierten Verwaltung in Verbindung gesetzt und mit Hilfe des Vertreters des Oberkommissars versucht zu haben, das Haus arbeitsunfähig zu machen.

# Die Danziger Konvention

Danzig, 23. Oktober.

Durch Beschluß der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober ist die Unterzeichnung der Konvention zwischen dem Freistaat Danzig und Polen auf Sonnabend nachmittags 6 Uhr angelegt. Zugleich soll zur Unterzeichnung der Bestimmung getroffen werden, welche die Stadt Danzig als freien Staat konstituiert. Aus der Konvention zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, deren endgültiger Text am 18. Oktober festgelegt worden ist, seien folgende Einzelheiten entnommen:

Die polnische Regierung, die einen diplomatischen Vertreter mit dem Sitz in Danzig bestimmt, erhält die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, sowie den Schutz der Staatsangehörigen Danzigs in den fremden Ländern. Polen darf keinen internationalen Vertrag, der die Freie Stadt Danzig interessiert, schließen, ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt Danzig. Der vom Botschafter einzuzeichnende Oberkommissar kann jedem internationalen Vertrag sein Veto entgegensetzen, soweit er die Freie Stadt Danzig betrifft, wenn der Botschafter glaubt, daß er dem Status der Freien Stadt widerspricht. Danzig darf nur nach vorheriger Beratung mit der polnischen Regierung ausländische Anleihen aufnehmen. Die Freie Stadt Danzig wird in das Gebiet der Zollgrenze Polens aufgenommen und bildet mit Polen ein einziges Zollgebiet, das der polnischen Zollgesetzgebung und dem polnischen Tarif unterworfen ist. Der Danziger Freistaat wird als rechtlich anerkannt. Es sollen, soweit möglich, die gegenwärtigen Beamten weiter beschäftigt werden. Alle Schienenwege des Freistaates werden von Polen verwaltet, außer

den Straßenbahnen und den Schienenwegen, die hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienen. Die Freie Stadt Danzig gewährt Polen dieselben Bestimmungen zum Schutz der Winterarbeiten in Bezug auf Religion und Sprache, die von Polen auf polnischem Gebiet angewandt werden.

Weitere Abkommen sollen über Naturalisation sowie Ausführung der Gerichtsurteile folgen, die von den beiderseitigen Gerichten gefällt sind. Danzig behält deutsche Währung. Sobald es die Umstände erlauben, soll in Verhandlungen eingetreten werden, die die Vereinheitlichung des Münzsystems zum Ziele haben. Polen übernimmt die Versorgung Danzigs mit Lebensmitteln und Brennmaterial. Streitigkeiten zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, die die Beziehungen der beiden Parteien betreffen, unterliegen der Entscheidung des Oberkommissars, der die Angelegenheit an den Rat des Botschafterbundes verweisen wird, wenn er es für notwendig erachtet.

Danzig, 23. Oktober.

Die Danziger Delegation telegraphiert aus Paris: Die Delegation hat sich nach reiflicher Überlegung unter Würdigung der gesamten Sachlage und Berücksichtigung der ihr durch besondere Delegation rechtzeitig übermittelten Vorklagen der Verfassunggebenden Versammlung einstimmig entschlossen, die Konvention und die Urkunde über Begründung der Freien Stadt mit der in ihr enthaltenen Erklärung wegen Übernahme der Kosten für Verwaltung und Befahrung am Sonnabend zu unterzeichnen.

Die Delegation hat der Botschafterkonferenz gegenüber als Voraussetzung für die Unterschrift zum Ausdruck gebracht, daß der Botschafter und der vom Botschafter ernannte Oberkommissar der Freien Stadt den zugesicherten Schutz gewähren und bei Durchführung der Konvention sowie bei Regelung der noch offenen Fragen die Interessen der Freien Stadt und ihrer Bewohner in gewöhnlicher Weise berücksichtigen werde.

Paris, 23. Oktober.

Die Botschafterkonferenz hielt heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die polnische Regierung sich weigere, dem Vertrag zuzustimmen, der zwischen dem Freistaat Danzig und Polen auf Grund des Artikels 104 des Friedensvertrages abgeschlossen werden sollte und der die Genehmigung des Botschafterrates an sich bindet. Infolgedessen hat die Botschafterkonferenz beschlossen, noch heute vormittag eine internationale Kommission zusammenzuberaufen, die unter dem Vorsitz von Minister Paroché steht, und der je drei Vertreter von Danzig und Polen angehören sollen. Man will versuchen, eine Lösung über das zukünftige Status von Danzig zu finden.

# Autonomie für Oberschlesien

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten legte am Sonnabend vormittag die schon seit mehreren Tagen gepflogenen Beratungen über die Gewährung der hundertprozentigen Autonomie für Oberschlesien vor. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes:

Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle gliedstaatliche Autonomie einrichtet, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt.

Die Annahme des Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Zu dem Gesetz wird Stellung zu nehmen sein, wenn der Wortlaut des Entwurfs bekannt ist.

# Aus dem Osten

Frankreich greift wieder aktiv in den Kampf gegen Sowjet-Rußland ein. Nachdem Polen nun endlich sich zum Frieden mit Rußland bequemt hat, gilt Frankreichs militärische Hilfe dem Grafen Wrangel, mit dessen Anerkennung sich die französische Regierung so sehr beeilt. Nach einer Meldung der „Jovelta“ wurde Odessa zum ersten Male durch französische Schiffschiffe beschossen.

Es geht doch nichts über die Heuchelei der bürgerlichen Diplomatie. Da schreibt und redet man täglich und stündlich vom Frieden, gründet einen Botschafter und zur Verhinderung künftiger Kriege, beteuert sein Bestreben, mit Rußland in ein friedliches Verhältnis zu kommen, und knüpft zur gleichen Zeit eifrig die Fäden, um immer neue militärische Gegner der russischen Sowjet-Republik entgegenzustellen.

Der Staatsstreich des polnischen Generals Jeligowski scheint konsolidiert. Es bestreitet sich, wie wir sofort ansprachen, daß man von polnischer Seite den General gewähren ließ, um die Welt vor vollendeter Tatsache zu stellen. Offiziell konnte man wegen der Rücksichten auf die Entente nicht tun, so griff man einfach inoffiziell zu einem kleinen Staatsstreich. Denn wenn Polen wirklich diesem Unternehmen so fern stünde, was sollen denn die alle Betreibungen, daß nun Polen es sich nicht nehmen lasse, das Schicksal Wilnas zu regeln. Das ist eine höchst verdächtige Liebe. General Jeligowski hat bereits eine mittelstaatliche Regierung aufgemacht und gekündigt, diese Regierung werde ihr Selbstbestimmungsrecht mit Es stört sich niemand an dem Botschafter, und die Dinge sollen für die Einberufung einer Volksvertretung sein bereits im Gange, und er hoffe, daß die Wahlen Anfang Januar nächsten Jahres erfolgen könnten. Die Volksvertretung werde auf vollkommen demokratischer Grundlage gewählt, und bei dieser Wahl werde es sich zeigen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung sei zu seinem polnischen Vaterland halte. Jeligowski erklärte weiter, die mittelstaatliche Regierung habe eine Note an den Botschafter abgehandelt, in dem dieser zur Einsetzung einer unparteiischen Plebiszit-Kommission für die Volksabstimmung aufgefordert werde.

Es ist allerdings anzunehmen, daß unter dem Druck einer Militärdiktatur sich ein für Polen annehmbares Wahlergebnis ergeben wird. Wie es mit der vollkommen demokratischen Grundlage beschaffen sein wird, bleibt abzuwarten. Die ganze Entwicklung dieses polnisch-litauischen Konflikts gewinnt aber auch besondere Bedeutung dadurch, daß er die ganze Bedeutunglosigkeit des Botschafterbundes aufs neue enthüllt. Es stört sich niemand an dem Botschafter und die Dinge sollen sich ohne seine Einwirkung, imperialistische Raubzüge, Bergewaltigungen von Völkern und Ländern sind heute genau so an der Tagesordnung wie früher. Im kapitalistischen Zeitalter ist der Botschafter ein Papagei.

# Weiterer Vormarsch der Polen

Kowno, 22. Oktober.

Hier herrscht außerordentliche Bekürzung wegen weiteren Vormarsches der Polen, die jetzt schon nordwestlich Wilna weiter vorrücken. Man spricht von einer polnischen Armee, auf Kowno zu marschieren. Die Folge davon ist allgemeine Pähmung des Handels und starke Depressierung der Bevölkerung. Die Bahnverbindungen Wilna-Warschau sind zu neuen Truppentransporten durch Polen benutzt.

# Warnung an die Arbeiterschaft

Der Unabhängige Zeitungsdruck schreibt:

Als Grund tiefster Enttäuschung hat sich ergeben, daß von linksradikaler Seite versucht wird, durch Putschversuche und Ueberrumpelungen die Arbeiterschaft in eine Aktion zu treiben. Wir warnen die Arbeiterschaft, sich an solchen törichtem Unternehmungen zu beteiligen. Ganz besonders erregt diese Warnung an die Arbeiterlosen, die von Putschisten als Stoßtrupp angesetzt sind. Die Arbeiterschaft kann nicht durch solche, aus dem Reichsaltschlagerevolutionsromanik stammenden Putschversuche, sondern nur durch zielbewußten Klassenkampf zum Siege kommen. Solche, von anklaren unsozialistischen Elementen unternommene Putsche dienen nicht der Sache des Proletariats, sondern nur der Konterrevolution.

# Auf der Suche nach einem Sündenbock

Die K. P. D. und die sich ihr an den Hals geworfenen Neukommunisten haben schon jetzt von einigen Bedenken geplagt zu werden, die von ihnen in der Debatte über die Moskauer Anschließbedingungen geschildert werden. Erwarten wir nicht die Förderung der revolutionären Stoßkraft des Proletariats auch erfüllen zu können. Wer aber wird schuldig gesprochen, wenn die große Enttäuschung, die im Sinne der Putschisten der Partizipationsereignisse gefolgten U.S.P.-Mittglieder stütz macht? Die U.S.P.D. schon jetzt werden die entsprechenden Einleitungen dazu unternommen. Man lese, was die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrer Freitagnummer schreibt:

„Die Lage ist klar genug. Wenn Teile der Bourgeoisie den Anzeichen zu erwidern suchen, als ob die Reinigung der Unabhängigen Partei von ihren opportunistischen Führern eine Schwächung der revolutionären Kräfte bedeute, so ist das in Wahrheit nur Spiegelschmerz. Die Bourgeoisie weiß, daß die Bildung einer festgefühten kommunistischen Massenpartei, die durch den halbeschlechten Partizipationsereignisse eingeleitet wird, die revolutionären Kräfte gemaltig härten wird. Sie weiß aber auch, daß der Prozeß der Position der revolutionären Kräfte von der opportunistischen Führerschaft erst eingeleitet ist, daß es Zeit braucht, bis die einheitliche kommunistische Partei fest steht und besteht, und daß die kommunistische Bewegung in dieser Zwischenzeit eine kritische Periode durchmacht, eine Gefahrenzone durchlaufen muß. Damit wird niemand ein Geheimnis verheimlichen, es ist das eine Selbstverständlichkeit. Und die Bourgeoisie würde dämmern als sie ist, wenn sie nicht versuchen sollte, genau wie im November 1918, so im Herbst 1920, die Reubildung der kommunistischen Partei mit allen Mitteln der Konterrevolutionären Gewalt zu verhindern.“

Das heißt gerade nicht danach aus, als ob man im Lager der Kommunisten von besonderem Vertrauen zu ihrer angeblich revolutionären Taktik getrogen wäre. Die „Kölnische Volkszeitung“ ist anscheinend auch gar nicht erdacht davon, daß Sinowjew den Neukommunisten ohne vorherige Verschmelzung mit der K. P. D. Aufnahme in die dritte Internationale verweigerte.

Parteiorganen, Zeitungen usw.“ schreibt sie, „und nicht um wichtig, aber wichtiger als alles das ist, daß die Gefahrenzone, die die kommunistische Bewegung in Deutschland augenblicklich durchläuft, möglichst abgekürzt wird, daß die organisatorische Verschmelzung der gesamten kommunistischen Arbeiterschaft so rasch als möglich vollzogen wird.“

Hiermit wird ungewollt zugegeben, daß die so genannte Aufnahme zu dem Zweck geschah, zuvor die Parteilinien insofern wie die Besse der U.S.P.D. an sich zu ziehen, um diese Besse der K. P. D. zuzufügen zu können. Ebenso bezeichnet es aber auch der kaum verhaltenen Stolz, der aus diesen Zeilen über die vorläufige Anerkennung ohne Verschmelzung mit der K. P. D. spricht. Und es entspricht nicht minder den kommunistischen Gesinnungen, sich so zeitig als möglich nach Sündenböcken für die misslungenen „Aktionen“ der K. P. D. umzusehen.

# Mengstliche Bemühungen

Die „Kölnische Volkszeitung“ macht in ihrer gestrigen Ausgabe Stoffen über eine im Landtag von der sogenannten rechten U.S.P. eingebrachten Anfrage an den Justizminister, ob Strafverfolgungen gegen Kommunisten geplant seien. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt: „Wir sind über so viel Teilnahme der Rechten der U.S.P. gegen über ihren kommunistischen Feinden aufs höchste gerührt.“

Die Richtung der „Kölnischen Volkszeitung“ wird vielleicht noch größer werden, wenn wir ihr verraten, daß auch die sogenannte Linken der U.S.P. die Anfrage hat einbringen lassen. Aber welche Tat von uns hätte der „Kölnischen Volkszeitung“ noch nicht zur Herabwürdigung der Unabhängigen Sozialdemokratie gedient?

# Cachin für Vorbehalte

Marcel Cachin hat auf seiner Durchreise durch Frankfurt a. M. ein Redaktionsmitglied unseres dortigen Parteiorgans zu sich geladen und mit ihm über die Frage der Internationalen gesprochen. Wie das „Volkrecht“ berichtet, soll Cachin von dem vollzogenen Bruch unserer Partei mit Moskau sehr nachdenklich gestimmt sein. Auch habe er zu verstehen gegeben, daß er nur, mit Vorbehalten den Anschluß an die dritte Internationale bevorzugen könne. Ganz unmöglich sei der geforderte Anschluß des Genossen Longuet und die Umbenennung der französischen Partei. Außerdem würden die französischen Gewerkschaften auf Wahrung ihrer absoluten Selbständigkeit bestehen.

# Der russische Sonderzug

Genosse Otto Jensen schreibt sehr hübsch in der Leipziger Volkszeitung:

„Glückliche Reise über Leipzig nach Kassel“ rief höflich Adolph Hoffmann. Dies Schlagwort für den nächsten Groß-Berliner Jahrestag ist nur ein irreführender Beleg für die Welt. Wir denken gar nicht daran, Herrn Oberbürgermeister Scheibemann zu besuchen. Nein, unsere Reise geht in internationalen Exekution über Paris nach London, und hoffentlich um die ganze Welt. Wir trauen nicht dem Sonderzug nach Moskau, der leicht entgleiten kann, wegen anormaler Spurweite und schlechter reparierter Lokomotiven.“

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale, beginnt Dienstag, den 2. November, vormittags 9 Uhr, in den Sophienhallen zu Berlin, Sophienstraße 17/18. Es referieren über Die politische Lage: Thalheimer, über Die Stellung zu den politischen Parteien: Lepi, über Bericht vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Wenzel, über Betriebsräte, politische Arbeiterschaft und Arbeitslosenfrage: Brandier, über Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten: Handke.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk**  
5 Jahre schmerzlos Garantiert. Zahnziehen mit Befahrung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an  
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuriositäten.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 14**







### Die Krise in der italienischen Partei

E. W. Bekanntlich ist die italienische sozialistische Partei die einzige nennenswerte politische Arbeiterorganisation, die ihren Anknüpfung an die dritte Internationale bisher vollzogen hatte. Seitdem aber die Berichte der nach Sowjet-Russland entsandten Kommission vorliegen, insbesondere aber, seitdem durch den zweiten Kongreß der dritten Internationale offenbar geworden ist, daß die dritte Internationale nur Organisationen gebrauchen kann, die ihr in allem gefügig und willig sind, hat sich in der italienischen Partei ein außerst charakteristischer Umschwung vollzogen, der um so bemerkenswerter ist, als ihm sowohl die Verwaltung der Partei wie die führende Presse entgegensteht.

Den ersten, auch nach außen deutlichen Ausdruck hat dieser Umschwung auf der am 10. und 11. Oktober in Reggio de Emilia stattgefundenen Konferenz erhalten. Dort sind über 300 Vertreter sozialistischer Sektionen zusammengekommen, um zu dem bevorstehenden Kongreß der italienischen Partei Stellung zu nehmen. An dieser Konferenz nahmen nicht nur Mitglieder des rechten Flügels teil, wie der von Serrati geleitete „Korant“ irreführend berichtet, sondern auf ihr waren auch solche Genossen vertreten, die bisher zu den warmsten Befürwortern des Anschlusses an Moskau gehörten und die auch heute noch gegen einen Abbruch mit der dritten Internationale eintreten.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Antrag Baldejs, dessen Grundzüge im folgenden wiedergegeben seien:

Die Krise der Partei ist einfach, nicht weil einzelne Mitglieder gegen die sozialistischen Grundzüge verstoßen haben, sondern weil die Beurteilung der augenblicklichen geschichtlichen Periode eine verschiedene ist. Eine solche Verschiedenheit kann kein hinreichender Grund zu einer Spaltung und Zersplitterung der Kräfte sein. Die Konzentrationsgruppe — so nennt sich der auf der Tagung vertretene Teil — hat keinerlei Vorurteile über das geschichtliche Werden des Sozialismus und die zu seiner Verwirklichung notwendigen Mittel. Sie verneint die Diktatur des Proletariats nicht. In der Welt gab es immer eine Diktatur. Aber es wäre falsch, wollte man demokratisch entwickelten Völkern Gesetze und Systeme hierfür auferlegen, die in andern Ländern nützlich und notwendig sein können.

Die Konzentrationsgruppe verwirft auch den Gebrauch von Gewalt und der illegalen Organisation nicht, aber die Gewalt kann nur die spontane Explosion proletarischer Kräfte sein, und ihr Maß wird bestimmt von dem jeweiligen Verhalten der bürgerlichen Klasse, im Kampfe um die Macht.

Seitdem sich das Kapital als unheilbar erwiesen hat, die ihm durch den Krieg aufgedrungenen fürchterlichen Probleme zu lösen, ist die ganze Welt in die Periode der Revolution eingetreten, die durch den Sturz des Jaren und den Frieden von Versailles noch eine Zuspitzung erfahren hat. Es wäre aber kindisch anzunehmen, daß die revolutionäre Periode in der ganzen Welt schon ihre schärfste Zuspitzung erfahren habe und daß eine Umwälzung in den reichsten Ländern schon in kurzer Frist vorzuzusehen sei. Ohne die gleichzeitige Mitunterstützung des Proletariats anderer, reicherer Länder wäre die von den Extremisten durch unversüßliche Errichtung eines Sowjet-Systems geplante Revolution von vornherein zum Untergang verurteilt. Daher erachtet die Konzentrationsgruppe heute alle Versuche zur Annäherung an das sozialistische Regime für notwendig und zieht hierfür selbst eine ökonomisch-politische Teilrevolution in Erwägung, welche eine intensivere und erfolgreichere revolutionäre Periode einleiten könnte. Die Konzentrationsgruppe ist darum der Auffassung, daß die Partei, falls sich eine Möglichkeit zur Übernahme der politischen Macht auch in den durch den Augenblick und die internationale Lage bedingten Formen bieten sollte, diese nicht ausschlägt, sondern sich dabei die Kraft aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zunutzen macht, welche sich in voller Übereinstimmung mit der Partei und in göttlicher Unabhängigkeit von jeder bürgerlichen Partei befinden.

Dieser Antrag hatte schon in Bologna Zustimmung gefunden, und auf der Konferenz in Reggio unterstützten ihn sogar bisher weit nach links gerichtete Genossen. Der Antrag soll nun dem italienischen Parteitag vorgelegt werden, und man wird seinem Schicksal mit um so größerem Interesse entgegensehen müssen, als damit auch das Schicksal der italienischen Partei und des italienischen, in gewissem Maße sogar des internationalen Proletariats verbunden ist.

Der „Avanti“ ist mit der Konferenz in Reggio leicht fertig. Er meint, daß sich alle, welche den in Reggio gewiesenen Weg betreten, außerhalb der Partei stellen, denn nur zwei Wege führen heute zur Wahl: entweder mit der Bourgeoisie für die Erhaltung des Kapitals oder mit der Revolution. Das sei das Dilemma, dem die Konferenz in Reggio ausgewichen sei.

Auf diesem Kongreß fand natürlich auch das Thema Moskau eine ständige Wiederkehr. Dugoni, welcher als begeisterter Freund der Bolschewiki mit der italienischen Delegation nach Russland gereist war, gab hierbei zu, daß die Mißstände in Russland in einem hohen Maße nicht nur durch die Blockade, sondern auch durch das russische Regime verursacht seien. Dieses könne nicht auf andere Länder übertragen werden. Man müsse dem Proletariat die ganze Wahrheit sagen oder man begehe an ihm Verrat. Diese selbe Wahrheit müsse auch über die italienische Wirtschaftslage beachtet werden. Warum sagt ihr nicht, ruft Dugoni der extremistischen Parteileitung zu, daß uns Russland nur eine kleine Menge Getreide geben könnte und daß wir diese noch selbst holen müßten? Wie stellt sich die Verwaltung vor, daß Italien bei einer Blockade leben könnte? Man hoffe auf die Revolution in andern Ländern und bedene nicht, daß uns selbst Deutschland nicht helfen imstande wäre. Die Diktatur der Partei habe kein Recht, was andere durch rote und harte Arbeit verrichtet haben, mit einem Schlag zu zerstören. Sie habe gegenüber Moskau Verpflichtungen übernommen und müsse diese nun einhalten. Das Proletariat müsse in den kommenden Wochen mit allen Mitteln über die wahre Lage aufgeklärt werden, damit es nicht blind ins Verderben gezogen werde.

Zum Antrag Baldejs führte Dugoni aus: „Entweder wir erklären offen, daß wir bereit sind, die Macht mit aller Verantwortung zu übernehmen, oder wir gehen auf die Straße und treiben antibolschewistische Propaganda, um den Massen die unheilvollen Illusionen zu zerreißen. Halbe Maßnahmen haben keine Geltung mehr. Ich für meine Person trete für das erste ein, überzeugt, daß, wenn man nur will, nach den ersten unvermeidlichen Schwierigkeiten in der Regierung nützliche Arbeit für die Arbeiterklasse zu verrichten ist.“

Im selben Sinne sprachen sich auch andere als links gerichtet bekannte Führer der italienischen Partei aus. Tarzetti und Razzoni traten für Aufrechterhaltung des Anschlusses an Moskau ein, forderten aber, daß die Autonomie der Partei gewahrt bleibe und daß Moskau von Land zu Land Unterschiede mache. Wenn schon Parteigenossen wegen ihrer Haltung in der Vergangenheit ausgeschlossen werden sollen, dann müßte man auch mit Graziani, einem der leidenschaftlichsten Befürworter der Moskauer Thesen, aufräumen, denn er sei für die Beteiligung Italiens am Weltkrieg eingetreten. (Diesen Typus der Kommunisten kennt man anscheinend überall.) Auch Matteotti will den Anschluß an Moskau nicht abgebrochen wissen, aber die italienische Partei dürfe in der Freiheit der Taktik nicht beschränkt werden.

Die Ausführungen des Genossen Treves verdienen ebenfalls größte Beachtung. Er entwarf einen großen historischen Rückblick. Russland, sagte er, habe geglaubt, die Entwicklung zweier Jahrhunderte überbrücken zu können, und sei zum kleinbäuerlichen Privateigentum und zur Zwangsarbeit in Formen zurückgekehrt, die an die vorkapitalistische Periode gemahnen. Moskau, das uns verdammt, fuhr Treves fort, hat nicht gemerkt, wer wir sind. Die Schuld hieran entfällt auf jene der anderen Seite, deren Informationen nicht immer edel und aufrichtig waren. Ich bestreite Russland das Recht, uns die revolutionären Methoden vorzuschreiben, und glaube, daß, indem ich dieses Recht zur Wahl der Methoden für die italienische Revolution verteidige, wir auch zugleich die russische Revolution unterstützen. Russland bedarf nicht vorreifer Ungarne, sondern einer maßvollen Solidarität, die sich auf möglichst weiten Einfluß des italienischen Proletariats auf die Regierungsorgane gründet.

Dieser Möglichkeit des Einflusses ist freilich das italienische Proletariat im Augenblick mehr denn je beraubt, denn der Pfeil Moskaus hat auch die italienische Partei in empfindlichster Weise getroffen. Sie windet sich im Augenblick in denselben Krämpfen wie das deutsche Proletariat und muß ihren Blick abwenden vom äußeren Feind auf die Bekämpfung der Massen von demselben fesseln, verhängnisvollen Wahn, dem sich auch unsere Partei entgegenstemmt.

### Auslandsstimmen über die Spaltung der USPD

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt nach einer Darstellung des gesamten Entwicklungsganges der Unabhängigen Sozialdemokratie:

Die Kommunisten forderten die bedingungslose Unterwerfung unter die Beschlüsse des Moskauer Exekutivkomitees, also die völlige Preisgabe der tatsächlichen Autonomie der Partei. Sie forderten die Erziehung der demokratischen Organisation der Partei durch eine Diktatur des Parteivorstandes nach russischem Muster. Sie verlangten die „Reinigung“ der Partei von allen den Kommunisten nicht genehmen Elementen, die Ausschließung von Mannern wie Kautsky und Hilferding, den bedeutendsten Theoretikern, von Crispian und Dittmann, den bedeutendsten Führern der Partei. Sie forderten, daß die Partei den Kampf gegen die gewerkschaftliche Internationale aufnehme und damit die Spaltung in die deutschen Gewerkschaften tragen solle. Sie forderten, daß die Partei, die in einer geschichtlichen Stunde die Entscheidung für die Annahme des Versailles Friedens gefaßt, sich selber immer für die lokale Durchführung des Friedensvertrages eingesetzt hat, am Deutschland den Frieden zu erhalten und die Verbündeten zwischen Deutschland und Frankreich vorzuziehen, ihre friedliche auswärtige Politik aufgeben, Arm in Arm mit den deutschen Nationalisten eine feindselige Haltung gegen die Gallien, die Rußland bezieht, einnehmen solle. Sie sollte sich schließlich mit der kommunistischen Partei verschmelzen und ihren Namen annehmen. Nur unter diesen Bedingungen sollte, so wurde es auf dem Moskauer Kommunistenkongreß beschlossen, die U.S.P. in die Moskauer Internationale aufgenommen werden. Und diese Bedingungen wurden eben deshalb so klar formuliert, weil man in Moskau sehr wohl wußte, daß sie für einen großen Teil der Partei unannehmbar sein werden. Das Ziel, das damit erreicht werden sollte, ist erreicht: der Streit darum, ob die Partei unter diesen Bedingungen den Anschluß an Moskau vollziehen solle, hat die Partei gespalten. Während die Sozialdemokraten, von Hilferding und Crispian geführt, die Bedingungen ablehnen, haben die „Kommunisten“ am Pjatin, Stogoler, Koenen sie angenommen. Vorläufig bestehen also zwei Parteien, die sich beide noch U.S.P. nennen und im leidenschaftlichen Kampfe gegeneinander stehen; aber die Verschmelzung des kommunistischen Flügels mit der U.S.P. ist wohl nur eine Frage kurzer Zeit.

So erfüllt das deutsche Klassenbewußte Proletariat nun in nicht weniger als fünf Parteien, die einander heftig bekämpfen, so zerfällt sich die deutsche Arbeiterklasse selbst, während die Bourgeoisie fester denn je wieder im Sattel sitzt, die Reaktion zum entscheidenden Streiche rückt. Der praktische, so bedeutungslose Streit um die Diktatur des Proletariats droht mit der praktisch leider viel eher möglichen Diktatur der Reaktion zu enden. Es ist die Intrige des Kommunismus, die die mächtigste revolutionäre Partei Deutschlands gespalten hat und damit die deutsche Revolution selbst bedroht; nicht zum erstenmal in der Geschichte dient extremer Radikalismus unbewußt der Reaktion. Für die deutsche Revolution und damit für die internationale Revolution überhaupt kann die Spaltung der U.S.P. zum furchtbarsten Verhängnis werden; für alle Arbeiterparteien der Welt aber ist sie Warnung und Lehre.

Die „Berliner Tagwacht“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 20. d. M. unter der Überschrift „Die Selbstzerfleischung in Deutschland“ über die Ergebnisse des Parteitages in Halle folgendes:

Die erste große Auseinandersetzung außerhalb Russlands zwischen der russischen und der westeuropäischen Taktik — die große Auseinandersetzung zwischen dem Bolschewismus und dem wissenschaftlichen Marxismus, bezeichnet es Hilferding — brachte den einwandfreien Beweis, daß Moskau nicht die freie Vereinigung der revolutionären Parteien, sondern die bedingungslose Unterwerfung unter sein Regime will. Klar zeigt es sich, daß die 21 Bedingungen auf bewachte Sicherung der alten Parteien vor allen jenen Elementen abzielen, die sich nicht reiflos auf die russische Taktik und die Moskauer Machgebote einstellen, auf die Herabwürdigung der westeuropäischen Arbeiterorganisationen zum gefügigen, willenlosen Werkzeug in der Hand des Moskauer Exekutivkomitees.

Nachdem weiter dargelegt ist, daß Sinowjew den Halle Moskauer Bedingungen die Bedingung des Anschlusses an die U.S.P. wenigstens vorläufig erließ, heißt es weiter in dem genannten Blatte:

„Aber das sind Außersichtlichkeiten. Der Austritt aus der U.S.P. verpflichtet. Er verpflichtet zum völligen Bruch mit der Politik der Rebebour, Crispian, Dittmann, verpflichtet zum schärfsten terroristischen revolutionären Kampf im Sinne Mos-

### Der kleine Geßler und der große Groß

Von Ignaz Wrobel.

**Küßelmann:** Das sieht Sie nicht, das darf der Kaiser nicht, Das widerspricht unsern Treuepflichten!  
**Geßler:** Wo sind Sie? Hat der Kaiser Sie befehligt? Er hat Sie nicht befehligt! Diese Kunst! Ruh erst erzwungen werden durch Gehorham. Rebellien sind für alle gegen Kaisers Gericht und nicht vorwegene Empörung. Ich kenn auch alle, ich durchschau auch ganz; Den nehme ich fest heraus aus eurer Mitte, Das alle sich ihr selbsthalt keiner Schutz, Wer hing ist, laßt sie schweigen und gebären.  
Schiller, Wilhelm Tell.

Im Wallflogel zu Berlin-Halensee ist von George Groß eine Bildermappe „Gott mit uns“ erschienen, die wohl die wichtigste und künstlerisch beste Abfertigung des alt- und neupreußischen Militarismus bedeutet. Die Leser der „Freien Welt“ kennen die Blätter zum Teil und werden sich entsinnen, wie schlagend der Sieb ist, der da geführt wurde. Er sieht.

Wie der Mehrheitssozialist Schöpflin auf seinem Parteitage angegeben hat, bittet der demokratische Reichswehrminister Dr. Geßler den Chef des Stabes, Herrn von Seckt, häufig telephonisch, ihn doch einmal sprechen zu dürfen. Herr von Seckt hat ebenso häufig keine Zeit und macht mit Herrn Dr. Geßler etwas, was der Soldat im Felde „hinten runterfallen lassen“ nannte. Bei einem dieser wichtigen Telephongespräche scheint Herr von Seckt dem v. Geßler die Weisung erteilt zu haben, die Bilder von George Groß beschlagnahmen zu lassen. Oder vielleicht hat er ihm auch einen Auftrag zur Unterschrift vorgelegt. Oder vielleicht hat er es ihm auch gar nicht gesagt.

Jedenfalls erschienen am 9. September dieses Jahres im Wallflogel ein paar Männer und nahmen die Groß-Mappen fort. Wie sie angaben, taten sie das auf Befehl des Polizeipräsidenten und auf Antrag des Reichswehrministeriums. Das Polizeipräsidentium drückte sich pflaumenweich, und in der Bendlerstraße wurde gekniffen. Wie immer. Am 15. Oktober erschienen wieder ein paar Männer im Wallflogel, legitimierten sich als Abgesandte der Abteilung 1a des Polizeipräsidenten und beschlagnahmten auf Ersuchen des Oberstaatsanwalts beim Landgericht II Berlin die Groß-Mappen. Sie beschlagnahmten ferner in widerrechtlicher Weise sieben Originalzeichnungen von Groß, wozu sie keinen schriftlichen Auftrag hatten, erklärten diesen Rechtsbruch persönl. sich verantworten zu wollen (Das ist eine preußische Redensart)

und hinterließen eine handschriftliche Quittung mit der Zahl 1707. Ein ordentlich Richter in einem ordentlichen Verfahren hat vor dieser Verlagschädigung noch nicht gesprochen.

Obgleich ich weiß, daß Geßler in der Bendlerstraße ungefähr so viel zu sagen hat wie ich, muß ich mich an ihn und nicht an die dahinter stehenden monarchistischen Offiziere halten, die von der Republik Gehalt beziehen.

Die Zeichnungen von Groß stellen den deutschen Militarismus von Wilhelm bis zu seinem größeren Nachfolger, dem Arbeiterverdräter Roßke, nach dar. Feldweibel, Unterärzte, Oberstabs-pflichter, kommandierende Rotweingenerale, Puffelkornantens und jener grauenhafte Typ der Freiwilligenkorpsführer — sie sind alle noch nie so gut getroffen worden wie in diesen Bildern. Wenn sich die Reichswehr befähigt fühlt, kann sie einem leid tun. Entweder sie ist gar nicht getroffen; dann liegt kein Grund vor, einen Staatsanwalt, der im Felde Offizier gewesen, also befangen ist, in Bewegung zu setzen. Oder sie ist getroffen; dann hat Groß recht.

Die Beschlagnahme der Mappen ist für uns politisch belanglos. Sie war ziemlich teuer, und die Leute, die es auszuführen gillt, konnten sie sich kaum kaufen. Es gibt andere Mittel, dieselben Bilder desselben Zeichners in die Menge zu werfen. Das wird geschehen.

Die Zensur sei gefallen, sagt man. Hier wird wiederum vor dem Abschluß eines ordentlichen Verfahrens beschlagnahmt, wie in des Jaren bester Zeit. Herr Geßler täuscht sich nicht; hinter der Fassung dieser Blätter steht das gesamte bessere Deutschland. Gegen ihn.

Herr Seckt hat neulich in einem seiner Erlasse als seine Aufgabe bezeichnet, den Geist, der einst nach Sedan uns über hundert Schlachtfelder des Westens und Ostens führte, in der Reichswehr und im Volk lebendig zu erhalten. Wir halten das nicht für seine Aufgabe. Wir bestimmen uns nicht, daß die Feuerwehr oder das Rettungswesen besagt sei, irgend einen Geist zu erhalten. Sie erfüllen ihre sachliche Aufgabe. Weiter nichts. Das Militär steht auf keiner andern Stufe.

Haben sich die Detraktionen verkehrt geföhrt? Der Spiegel kann nichts dafür, wenn er der Jungfrau anzeigt, daß sie schwanger ist. Wir ändern aber sehen erfreut in die Blätter, vergleichen sie schmerzlos mit einer gewissen Sorte von Soldaten und sagen freundlich und bestimmt: „So sieht Du aus!“

### Neuersehnungen

H. J. J. J. Die Soziologie des Bolschewismus. (Verlags-gesellschaft „Freiheit“, Berlin), 32 Seiten, Preis 3 M.

Die kleine aber geballte Schicht behandelt das Problem des Bolschewismus von einem in anderer Literatur völlig neuen Gesichtspunkt. Sie bietet eine sozialistische Analyse, die außerordentlich präzise und konsequent durchgeführt, zu folgendem Ergebnis gelangt:

Der Bolschewismus ist die physische Art der russischen Intellektuellen und als solche eine durchaus nationalpolitische Erscheinung. Die sozialistische Utopie aller fortschrittlichen Gesellschaften Russlands brachten vorübergehend die Bolschewistenpartei zur Macht, deren objektive historische Aufgabe es war, durch das Schaffen eines unabhängigen bestehenden Bauerntums die ländlichen Wirtschaftsverhältnisse des großen Zararusslands zu revolutionieren. Die sich „Dritte Internationale“ nennende Weltinternationale des Bolschewismus weist dieselben angeführten Momente auf, die ihren Urheber kennzeichnen.

- Karl Marchenst. Ein Vize zur Sozialreform der Völkervereinigung. Mit einem Vorwort von Paul Dietz. Preis 2 M. Verlag der Völkervereinigung, Berlin, U. S. P.
- Wladimir Iwanow. Der Sozialismus in Frankreich von 1871-1920. Preis 10 M. Verlagsgesellschaft „Neue Erde“, Wien.
- Julius Gewissel. Kommunismus und Sozialdemokratie. Preis 7,50 M. Verlag Wiener Volksbuchverlag, Wien.
- Wolff Kannerst. Sozialismus und kommunistische Taktik. Preis 6 M. Verlag Arbeiter-Buchverlag, Wien.
- A. Brandt. Die Sozialisten und die Weltrevolution. Verlag W. Seibel, Berlin.
- A. Marchenst. Was ist Bolschewismus? Preis 1,50 M. Verlag der Arbeiter-Buchverlag, Wien.
- Karl Kautsky. Bestimmung des sozialistischen Weltanschauungs. Wien 1920. Verlag der Arbeiter-Buchverlag, Preis 3 M.
- Norman Wynn. Der Friedensvertrag und die wirtschaftliche Lage in Europa. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Charlottenburg.
- Robert Geßler. Der Kommunismus in Russland. Preis 6,50 M. Verlag Geßler und Geßler, Berlin-Charlottenburg.
- Clara Zetkin. Bolschewismus contra Sozialismus. Die Führer des Bolschewismus über die Lage in Russland. Preis 1,10 M. Zentralverlag G. m. b. H. Berlin.
- Gerhard Frank. Der Sozialismus als Weltanschauung. Preis 1,70 M. Verlag und Buchverlag „Freiheit“, Berlin, Knappert Weg 51.
- H. J. J. J. Die Sozialisten. Das ist die U.S.P. des Kommunismus. Wien 1920. Preis 3 M. (37 Kr. für sozialistische Arbeiter.) Arbeiter-Buchverlag Wien 7. Alsenbr. 20.
- Verfassung und Sozialdemokratie. Neben der Sozialdemokratie Dr. Robert Danneberg und Karl Geßler in der fünftägigen Sozialdemokratischen Tagung am 20. und 21. September 1920. Wien 1920. Verlag der Wiener Volksbuchverlag, Preis 16 Kreuzer und Teuerungszuschlag.
- Kampfbücher. Der Kampf gegen den freien Sozialismus. Jugend. Verlag Junges Volk, Berlin, G. Stralauer Str. 15. Preis 2 M.
- Dr. Wilhelm Geßler. Die Arbeiter. Taktische Arbeiterabteilung. Groß Robert-Decker, Berlin. Preis 6 M.
- Dr. Robert Geßler. Taktische Arbeiterabteilung. Taktische Arbeiterabteilung. Preis 3 M.
- Dr. Robert Geßler. Taktische Arbeiterabteilung. Taktische Arbeiterabteilung. Preis 3 M.
- Verfassung und Sozialdemokratie. Neben der Sozialdemokratie Dr. Robert Danneberg und Karl Geßler in der fünftägigen Sozialdemokratischen Tagung am 20. und 21. September 1920. Wien 1920. Verlag der Wiener Volksbuchverlag, Preis 16 Kreuzer und Teuerungszuschlag.







Moskau flaggt!

Der Korrespondent der „Morning Post“ in Moskau drahtet seinem Blatt, daß die Stadt am Sonntag früh im herrlichsten Flaggenhimmel gewesen sei. Als Grund dafür wurde das Ergebnis des Parteitagess in Halle angegeben, das Lenin in einem Manifest als Ausdruck des Anschlusses „des deutschen Proletariats an Sowjetrußland“ bezeichnete. Gegen Mittag fand eine Parade der roten Truppen statt. Der Sowjet von Moskau beschloß, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu der neuen Sowjet-Organisation in Deutschland. Die Freier vertiefen also programmäßig, wie das in Sowjet-Rußland üblich geworden ist; ein großspüriges Manifest, rotbeflaggte Strazengänge, Parade der roten Truppen, feierliche Sitzung des Sowjets usw. Uns tun nur die russischen Arbeiter leid, die durch derartige Veranstaltungen systematisch irregeführt werden. Wüßten sie, daß die von Sinowjew gewollte und geförderte Spaltung der U. S. P. D. ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterbewegung und damit auch an der russischen Revolution bedeutet; wüßten sie, daß die vom Moskauer Sowjet geleitete „neue Sowjetorganisation“ in Deutschland nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der revolutionären Bewegung bedeutet, so würden sie vielleicht die Entschlußkraft aufbringen, ihre Führer von ihrer verhängnisvollen Katastrophenpolitik abzubringen. Die russischen Arbeiter dürfen aber nicht wissen, wie es tatsächlich in der Welt aussieht. Sie müssen glauben, was ihnen tagtäglich von offiziellen Schreibern vorgelegt wird. Sie müssen jeden, der eine andere Ansicht hat, wie die offiziell abgestempelte, als „konterrevolutionär“ bekämpfen und die Freiheit der Presse, der sozialistischen Presse, für die sich Generationen russischer Revolutionäre geopfert, als „bürgerliches Hirngespinnst“ betrachten. Die Folge ist natürlich, daß das russische Proletariat ein völlig falsches Bild von den inneren und äußeren Verhältnissen erhält, dem revolutionären Prozeß in den anderen Ländern verständnislos gegenübersteht und es deshalb nicht zu verhindern vermag, daß die kommunistischen Diktatoren im Moskauer Kreml durch ihre sektiererische Spaltungsarbeit die internationale Arbeiterbewegung auf das schwerste schädigen. Moskau flaggt. Doch die Fahnen der deutschen, der internationalen Arbeiterbewegung wehen auf Halbmaße!

Gewerkschaftliches

Tarifikündigung in den Dampfwäschereien Berlins durch die Arbeitgeber

Eine am Dienstag, den 19. Oktober 1920, gut besuchte Mitglie-der-Versammlung der in den Dampfwäschereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei Boeker, Weberstr. 17, stattfand, befaßte sich mit obigem Thema. Nachdem eine Neuwahl der Branchen-Kommission und des Branchenleiters vorgenommen, übernahm letzterer, der Kollege Fritz Schumacher, das Referat und machte folgende Ausführungen: Zum zweiten Male versuchen die Wäschereibesitzer einen Vorstoß um den Tarif, welcher durch Kampf im vorigen Jahre zustande kam, endgültig zu beseitigen. Das diesmal, im Juni, versuchten die Arbeitgeber nur Abzüge vorzunehmen, und zwar vermindert die Löhne um 33 1/2 Proz., die Ferien um 50 Proz. gekürzt und Fehltage der Feiertage gänzlich gestrichen werden sollte. In einer Zeit, wo Kartoffeln und Gemüse 2 Mk. das Pfund und mehr kosten, wo man dazu überging, die Zwangswirtschaft abzubauen, was zur Verteuerung des gesamten Haushalts beitrug, gehörte schon eine Portion Kalvität über — sagen wir schon Frechheit dazu, ein derartiges Anerbieten zu stellen. Aber unter dieser Parole, daß „Lohnkürzungen“ vorgenommen werden sollten, waren die Kollegen sofort bereit, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen, und dank dieser Einmütigkeit war es der Kommission ein Leichtes, die Arbeitgeber in die Schranken zu weisen. Auf unsere Gegenmaßnahmen, welche mit getroffen, betonen die einzelnen Arbeitgeber, keine Lohnkürzungen vornehmen zu wollen, aber die ihnen von uns zugewandten Berechnungen, worin sie sich verpflichten sollen, den alten Tarif anzuerkennen, erklären sie nicht unterschreiben zu können. Kollegen, wir haben die gewonnene Farbe zu bekennen und nun dreht und wendet sich diese Gesellschaft unter der heuchlerischen Maske eines unschuldischen Schafes, unter der sich der Wolf verbirgt, um Euch, Kollegen, im gegebenen Moment zu verschlingen.

Sunger

Roman von Anni Hamsun. Zweiter Abschnitt.

Ein paar Wochen später war ich eines Abends draußen. Ich war wieder auf einem der Friedhöfe gewesen und hatte einen Artikel für eine Zeitung geschrieben; während ich damit beschäftigt war, wurde es zehn Uhr, die Dunkelheit kam, und die Pforte sollte geschlossen werden. Ich war hungrig, sehr hungrig; die zehn Kronen hatten nur allzu kurze Zeit vorgehalten; jetzt hatte ich seit zwei, drei Tagen nichts gegessen und fühlte mich matt, angegriffen vom Schreiben mit dem Bleistift. In der Tasche hatte ich ein halbes Federmesser und ein Schlüsselbund, aber keinen Heller. Als die Friedhofspforte geschlossen wurde, hätte ich ja eigentlich nach Hause gehen müssen, aber aus instinktiver Scheu vor meinem Zimmer, in dem es leer und dunkel war, eine verlassene Klempnerwerkstatt, in der ich mich bis auf weiteres aufhalten durfte, bummelte ich weiter, ging aufs Geratewohl am Rathaus vorüber, hinunter an die See bis an eine Bank auf der Eisenbahnbrücke, wo ich mich setzte. In diesem Augenblick kam mir kein trauriger Gedanke, ich vergaß meine Not und fühlte mich beruhigt beim Anblick des Meeres, das friedlich und schön im Halbdunkel dalag. Aus alter Gewohnheit wollte ich mich am Durchlesen des Stücks erfreuen, das ich soeben geschrieben und das meinem leidenden Hirn als das Beste erschien, was ich bis jetzt gearbeitet. Ich zog mein Manuskript aus der Tasche, hielt es mir dicht vor die Augen, um sehen zu können und durchslog eine Seite nach der anderen. Endlich wurde ich müde und legte die Papiere wieder zusammen. Rings umher Ruhe; das Meer lag da wie blauer Perlmutter, und die kleinen Vögel flogen lautlos an mir vorüber. Weiter fort patrouilliert ein Konstabler, sonst ist kein Mensch zu sehen, und der ganze Hafen liegt in tiefer Stille. Ich zählte noch einmal mein Geld: ein halbes Federmesser, ein Schlüsselbund, aber keinen Heller. Pflöcklich lasse ich wieder in die Tasche und ziehe die Papiere hervor. Es war eine mechanische Handlung, eine unbewußte Nervenzugung. Ich suchte ein weißes, unbeschriebenes Blatt heraus und — Gott mag wissen, woher mir dieser Gedanke kam — machte eine Kugel davon, schloß sie vorsichtig, so daß sie ausfah wie gefüllt, und warf sie weit fort aufs Pflaster; der Wind trug sie noch weiter, dann blieb sie liegen. Der Hunger fing jetzt an, auf mich zu wirken. Ich sah

Die Arbeitgeber haben versucht, schon im Sommer den Boden für sich zu bereichern, sie haben den Moment erfaßt, wo wir gezwungen waren, unsere Beiträge zu erhöhen. Da begann der Berl. Durch läßt Neben, daß die Kollegen den Verhandlungssparen könnten, da sie, die Arbeitgeber, ja doch ihren tariflichen Verpflichtungen nachkommen, folgten einige Kollegen diesen Vorstellungen wie die Ratten dem Rattenjäger von Bremen. Diesen Kollegen möchte ich zurufen: „Recht im, und zwar so schnell wie möglich, bevor sich die Falle schließt.“ Denn der Arbeitgeber fragt wenig danach, ob Ihr spart, er will an Euch sparen, um seine Profitrate zu vergrößern. Die Arbeitgeber versuchen etappenweise, den Tarif zu beseitigen, und Kollegen, dieses wäre der erste Streich, der zweite würde dem sehr bald folgen. Was wir zu verteidigen haben, ist nicht nur der ideale, sondern auch der materielle Teil des Tarifvertrages.

Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion, an der sich die Kollegen zahlreich beteiligten, sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß sie mit den Maßnahmen der Branchen-Kommission voll und ganz einverstanden und gewillt sind, in den Kampf zu treten, falls es die Arbeitgeber darauf ankommen lassen, um ihrer gerechten Forderung Nachdruck zu verleihen. Auch von Seiten der Transportarbeiter, deren Kommission anwesend war, wurde angeregt, ein Kartell zu gründen, um den Kampf geschlossener führen zu können.

Der Streik der Hausangestellten im Oskar-Helene-Heim Berlin-Dahlem

Der Streik der Hausangestellten geht trotz aller Schikanen der Direktion weiter. Kerze, Schweißern, Krüppel und Schulkinder werden als Streikbrecher verwendet. Lehrlinge und Waiskinder führen die Arbeiten in der Küche zur vollen Zufriedenheit der Direktion aus. Die Kerze der Anstalt sind dazu übergegangen, sich im Nebenberuf als Heizer auszubilden, indem sie die Arbeiten der streikenden Heizer verrichten. Die Schwestern machen die Arbeiten auf den Stationen, welche bis jetzt von den streikenden weiblichen Angestellten ausgeführt wurden. Die Schulkinder müssen Kartoffeln schälen und werden auch noch zu anderen Arbeiten herangezogen. Aus dem Krüppelheim und der Erziehungsanstalt ist eine Anstalt gemacht worden, welche Schulkinder und Jugendliche zu Streikbrechern ausbildet.

Die Direktion droht den streikenden Angestellten, die Wohnungen sofort zu verlassen, andernfalls sie mit der Polizei hinausgeworfen werden. Der Direktion sollte es natürlich bekannt sein, daß Wohnungen nicht ohne Zustimmung des zuständigen Wohnungsamtes gekündigt werden können. Da in Berlin und Umgebung Wohnungen aber überhaupt nicht zu bekommen sind, sind folglich die Angestellten gezwungen, in ihren jetzigen Wohnungen zu bleiben. Am Freitag abend hat die Direktion die Lebenswürdigkeit besessen, die Sicherungen aus den elektrischen Leitungen herauszunehmen und müssen nunmehr die Angestellten in dunklen Zimmern sitzen.

Mit all diesen Maßnahmen versucht die Direktion natürlich einen Keil zwischen die streikenden Angestellten zu treiben. Wir können aber feststellen, daß die Angestellten durch derartige Maßnahmen der Direktion nur noch fester zusammengeklüftet werden.

Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel Groß-Berlins

Am Donnerstag, den 21. Oktober 1920, abends 7 1/2 Uhr, fand im Sitzungssaal des Zentralverbandes der Angestellten eine Sitzung des Kartells im Einzelhandel Groß-Berlins, statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. Lohnbewegungen im Einzelhandel und die Frage des 6-Uhr-Lohnschlusses. An diesem Kartell sind alle diejenigen freien Gewerkschaften beteiligt, welche Mitglieder im Einzelhandel Groß-Berlins haben, so daß auch der letzte Arbeiter und Angestellte erfaßt ist. Der Reich dieser Veranstaltung legte Zeugnis davon ab, daß die beteiligten Arbeiter und Angestellten die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Kartellbildung voll erfaßt haben. Die Berichte, die über die jetzt im Einzelhandel stattfindenden Lohnbewegungen von den verschiedensten Gewerkschaftsvertreter gegeben wurden, bewiesen, daß auch die Arbeitgeber des Einzelhandels nach einem ganz bestimmten Plane und genau festgelegten Richtlinien der Arbeitgeberlichen Organisationen vorgehen. Die Gründung des Kartells kam also gerade zur rechten Zeit, um diesem Treiben die Spitze bieten zu können. Bezüglich der Frage des 6-Uhr-Lohnschlusses war man sich einig darin, nicht eher zu ruhen, als bis er durchgesetzt ist. Die

fadenheimgen Gründe der Arbeitgeber des Einzelhandels gegen den 6-Uhr-Lohnschluß sind in keiner Weise stichhaltig und der alten Kampfkammer entnommen, in der sie seit Erledigung der Frage des 7-, 8- und 9-Uhr-Lohnschlusses lagerten. Geradezu komisch muß es auf die Kommentanten aus Arbeitertreffen wirken, wenn Arbeitgeber erklären, sie ließen ihre Geschäfte mit Rücksicht und aus Entgegenkommen auf die Arbeiterkundschaft solange offen, trotzdem man doch sehr gut weiß, daß sich die Berliner Gewerkschaftskommission für den 6-Uhr-Lohnschluß ausgesprochen hat. Die Tagung lieferte den Beweis, daß es mit äußerster Geschlossenheit möglich sein muß, auch im Einzelhandel vernünftige Verhältnisse für Arbeiter und Angestellte zu schaffen.

Groß-Berlin

Um 50 Gramm Butter

Großhändler, Kleinhändler, Milchhändler u. a. erziehen sich gegen die feststehende Groß-Berlin. Sie rufen ihre Anhänger auf zu Protestversammlungen. Was ist der Grund? Die Feststelle hat in Zukunft monatlich nur 50 Gramm Butter auszuverteilen. Sie glaubt, es nicht verantworten zu können, 42 Großhändler und 9000 Kleinhändler mit diesen winzigen Mengen weiter betrauen zu lassen. Sie wollte vier Firmen, die aus den Buttergebieten Butter nach Berlin schaffen, kommissionsweise die Verteilung übertragen und diesen vorschreiben, die Butter an etwa 1200 Geschäfte abzugeben. Unter diesen Geschäften sollten in erster Linie die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, die der Beamten-Wirtschaftsgenossenschaft, sowie die Läden der städtischen Milchverkaufsstellen, sowie alle Gemeindecenkenstellen sich befinden. Die übrigen Verkaufsstellen sollten solche sein, die früher schon Butter verkauft haben. Großhändler und Kleinhändler laufen gegen diese Absichten Sturm. Ihre Interessen sollten maßgebend sein, die Kommentanten gelten nichts. Es ist klar, daß es keine rationelle Wirtschaft ist, wenn 9000 Geschäfte mit der Ausgabe der paar Gramm Butter betraut werden. Es geht bei einer derartigen Butterverteilung jubel verloren, und auch eine Kontrolle ist nicht mehr möglich, wodurch übrigbleibende Reste im Schleißhandel verschwinden. Die Großhändler strecken sich hinter die in Aussicht genommenen Firmen und hintertrieben den Plan. Um sich wirksam durchzusetzen, kündigten sie zahlreichen Annetellen und Arbeitern und rebeten ihnen vor, daß sie zur Kündigung schreiten müßten durch die Maßnahme der Feststelle. Die Arbeiter wandten sich sofort an die zuständige Stelle und überzeugten sich durch ihre Vertretungen, daß die Kündigungen nach keiner Richtung hin eine Unterlage hätten. Eine Aussprache, die getrennt mit den Händlervertretungen und den Organisationsvertretungen unter Vorsitz des Stadtrats Leid von der Feststelle stattfand, hatte das Ergebnis, daß nach Lage der Dinge die nächste Butterverteilung noch dem alten Verfahren stattfinden soll. Die Kündigungen sollen zurückgezogen werden. Eine Kommission soll die neu gemachten Vorschläge einer Prüfung unterziehen.

Stadtverordnetenfraktion Groß-Berlin U. S. P. D. (Lebedour-Crispian)

Am Dienstag, den 20., abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Zimmer 109, eine Fraktionsitzung statt. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten.

Eisenbahnerfreunden

Uns wird geschrieben: „Ich gehöre zu jenen, die verurteilt sind, täglich die Tortur auf der Strecke Gesundbrunnen-Hennigsdorf, (genannt Eisenbahnfahrt) mitmachen zu müssen. Was es heißt, seht eine volle Stunde und darüber hinaus in solch einem vollgepfropften Zuge (verschiedene Neben es vor, lieber zwischen den einzelnen Wagen auf den Trittbrettern, im Bremsenhauschen oder sonstwo sich zu verdrücken), zweimal täglich solche Fahrt zu machen, der wird zustimmen, wenn ich sage: ein Vergnügen selbster Art ist solch eine Eisenbahnfahrt. Ich möchte hiermit den Herrn Eisenbahnminister oder einen seiner Herren Geheimräte einladen, des morgens 5 40 Uhr ab Gesundbrunnen mit dem Einseher solche Fahrt mitzumachen, damit die Herren einen Eindruck gewinnen, welchen Strapazen der Arbeiter vorher ausgeht, ehe sein eigentliches mühevolleres Tagewerk beginnt. Wenn schon die Eisenbahndirektion glaubt, uns mit angeblichem Kohlenmangel über Nichtbelegung und Verleumdung des Zuges verdrücken zu können, so mag sie wenigstens dafür sorgen, daß die einzelnen Wagen mit Scheiben versehen sind, so daß man nicht nach den bedauerlichen Fahrt an allen Gliedern steilgefroren den Zug verläßt. Die größte Mehrzahl der im Norden Wohnenden zieht es sogar vor, eine

die weiße Papiertrolle an, die gleichsam von blankem Silbergeld strotzte, und hegte mich selbst in den Glauben hinein, daß sie wirklich etwas enthalte. Ich spornete mich an, die Summe zu erraten — wenn ich richtig riet, gehörte sie mir! Ich stellte mir die kleinen niedlichen Zehnrotelstücken auf dem Grunde vor und die selten Kronenstücke obendrauf — eine ganze Düte voll Geld! Ich starrte sie mit weit aufgerissenen Augen an und redete mir zu, hinzugehen und sie zu stehlen. Da höre ich den Konstabler husten — wie konnte es mir nur einfallen, ganz dasselbe zu tun? Ich erhebe mich von der Bank und huste, wiederhole das dreimal, damit er es hört. Wie er über die Papiertrolle herfallen würde, wenn er heran kam! Ich freute mich über diesen Streich, rieb mir vergnügt die Hände und suchte, daß es nur so Art hatte. Wenn er mit langer Nase abziehen mußte, der Hund! Ob er nicht in den heißesten Höllenpfuhl sinken würde über diesen Vabensreich! Ich war trunken vor Hunger, er hatte mich heraus!

Nach ein paar Minuten kam der Konstabler; er spähte nach allen Seiten und starrte mit den eisenbeschlagenen Absätzen über das Pflaster. Er läßt sich Zeit, er hat ja noch die ganze Nacht vor sich; die Düte steht er nicht, — nicht eher, als bis er dicht davor steht. Dann hält er in seinem Marsche ein und betrachtet sie. Sie sieht so weiß und wertvoll aus, wie sie da liegt; vielleicht 'ne kleine Summe drin, wie? eine kleine Summe Silbergeld? ... Er nimmt sie auf. Hm! leicht, sehr leicht! Vielleicht eine kostbare Feder, Hufeisen ... Und er öffnet sie vorsichtig mit seinen großen Fäusten und guckt hinein. Ich lachte, lachte und schlug mich auf die Knie, lachte wie ein Rasender. Kein Laut kam aus meiner Kehle; mein Lachen war still und hektisch, innig wie Tränen. Da klappert es wieder über das Pflaster, und der Konstabler geht über die Brücke. Ich sah da mit Tränen in den Augen und schnappte nach Luft, ganz außer mir vor fiebriger Lustigkeit. Ich fing an, laut zu sprechen, erzählte mir etwas von der Papiertrolle, ahmte die Bewegungen des armen Konstablers nach, guckte in die hohle Hand und wiederholte mir unaufhörlich: „Er hustete, als er sie wegwarf! Er hustete, als er sie wegwarf! Diesen Worten fügte ich neue hinzu, hängte ihnen aufreizende Dinge an, drehte den ganzen Satz um und spitzte ihn endlich dahin zu: Er hustete einmal — höchst!“ Ich erschöpfte mich in Variationen über diese Worte, und es wurde später Abend, bis meine Lustigkeit ihr Ende fand. Dann überkam mich eine träumerische Ruhe, eine behagliche Mattigkeit, der ich keinen Widerstand leistete. Es war

dunkler geworden, eine leichte Brise durchsuchte den Perlmutter der See; die Schiffe, deren Masten ich gegen den Himmel sah, waren mit ihren schwarzen Kumpfen wie lautlose Ungeheuer anzusehen, die mit gestäubten Borsten auf mich warteten. Ich empfand keinen Schmerz mehr, mein Hunger hatte ihn abgestumpft, statt dessen fühlte ich mich so behaglich leer, unberührt von allem um mich her und froh, von allen ungelassen zu sein. Ich legte die Beine auf die Bank und lehnte mich zurück; auf diese Weise empfand ich das Wohlbehagen der Abgesondertheit am besten. Keine Wolke in meiner Seele, kein Gefühl des Unbehagens, so weit ich denken konnte, keine Lust, kein Verlangen unerfüllt. Ich lag mit offenen Augen in einem Zustand des Selbstentzückens — ich fühlte mich so wohligh fern.

Noch immer kein Laut, der mich gestört hätte; die milde Dunkelheit verbarg mir das Gestalt und begrub mich hier in eitel Ruhe — nur das öde Klacken der Stille klang mir monoton in den Ohren. Und die dunklen Ungeheuer da draußen werden mich an sich ziehen, wenn die Nacht kommt und mich weit übers Meer in fremde Länder tragen, wo keine Menschen wohnen. Und sie werden mich zu Prinzessin Palajas Schloss tragen, wo ungeachtet herrlichen Seiten meiner harten, größer als alle Herrlichkeit der Menschen. Und sie selbst wird in einem prachtvoll strahlenden Saal sitzen, wo alles Ametyst ist, auf einem Thron von gelben Rosen, und sie wird mir die Hand entgegenstrecken, wenn ich eintrete, und mich grüßen und Willkommen heißen, wenn ich mich ihr nähere und niederknie: „Sei mir und meinem Lande willkommen, Ritter! Seit zwanzig Sommern harre ich deiner und rufe dich in allen sternhellen Nächten, und wenn du trauestest, weinte ich hier drinnen, und wenn du schliefst, habe ich dir die herrlichsten Träume eingehaucht! ... Und die Schöne nimmt meine Hand und folgt mir, und führt mich durch lange Hallen, wo große Menschenharen Hurra rufen, durch lichte Gärten, wo dreihundert junge Mädchen spielen und scherzen, hinein in einen zweiten Saal, wo alles aus strahlendem Smaragd ist. Da drinnen scheint die Sonne, durch Galerien und Hallen ziehen liebliche Sangeschöre, berauschernder Duft schlägt mir entgegen. Ich halte ihre Hand in der meinen, und fühle, wie des Zaubers wilde Boune in mein Blut dringt; ich lege meinen Arm um ihre Hüften, und sie flüstert: Nicht hier, folge mir noch weiter! Und wir treten in den roten Saal, wo alles aus Rubin ist, eine schäumende Pracht, in der ich zu Boden sinke. Da fühle ich, wie ihre Arme mich umfängen, der Hauch ihres Atems streift mein Antlitz und sie flüstert: Willkommen, Geliebter! Küsse mich! ... Küsse mich! Mehr ... mehr ... (Fortsetzung folgt.)



